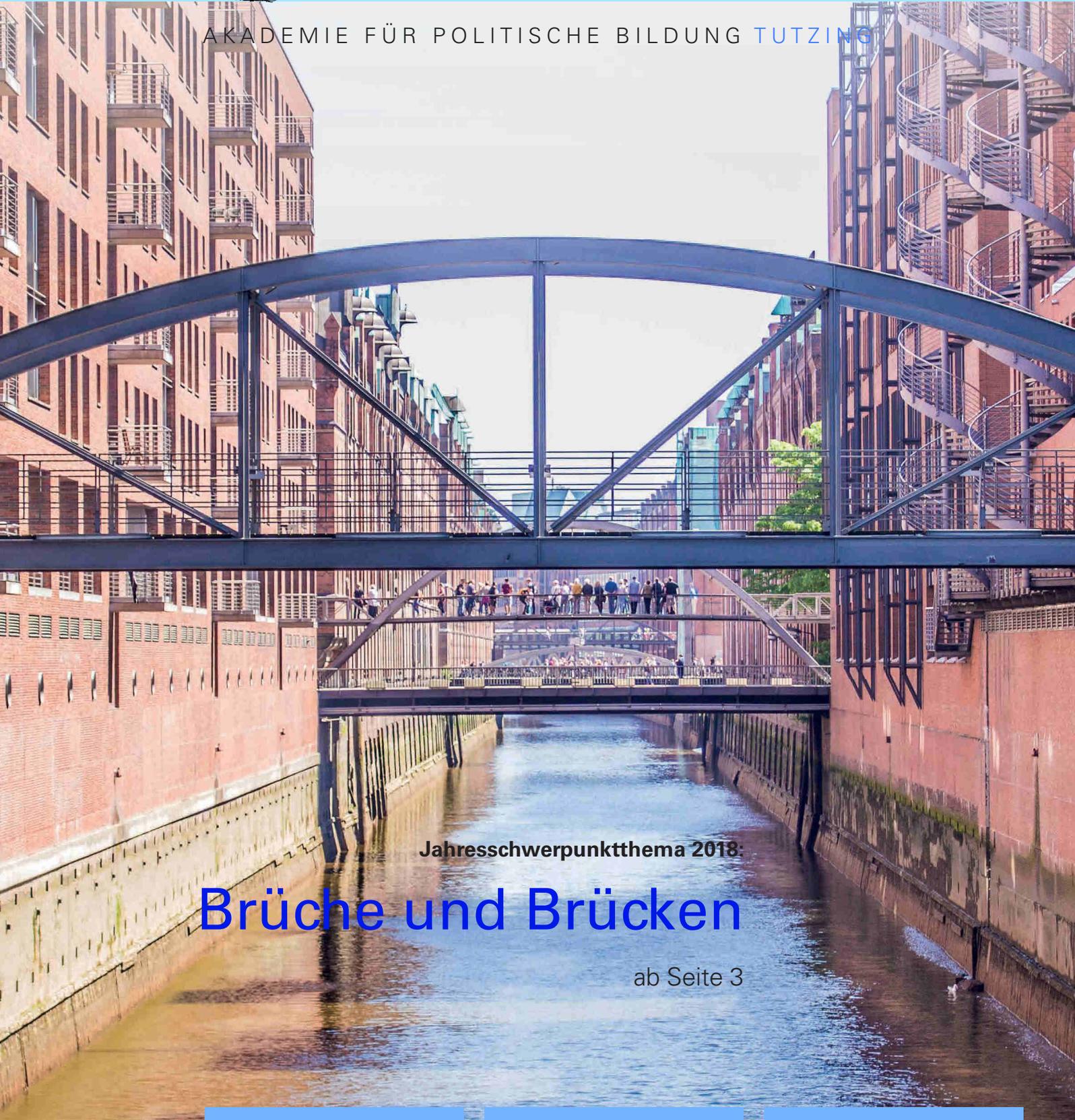




AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Jahresschwerpunktthema 2018:

Brüche und Brücken

ab Seite 3

Politische Bildung

Akademiedirektorin Ursula Münch bewertet das neue Gesamtkonzept für Politische Bildung an Bayerns Schulen: Ein erster Schritt ist gemacht – es müssen weitere folgen.

Seite 14

Medien

Fragmentierte Öffentlichkeit: Beim Akademiegespräch im Landtag stellt sich der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm der Kritik an den öffentlich-rechtlichen Sendern.

Seite 16

Europa

Brennpunkte des Integrationsprozesses sind die aktuellen Herausforderungen für Rechtsstaat und Demokratie: Schwindet die Integrationskraft der Europäischen Union?

Seite 24

Inhalt

SCHWERPUNKT BRÜCHE UND BRÜCKEN

- 3** Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära
- 6** „Zahlen mit abgewischten Tränen“
- 8** Brüche und Brücken

WISSENSCHAFT

- 10** Sprachfragen sind auch Machtfragen

POLITISCHE BILDUNG

- 13** (Politik-)Simulationen in der digitalisierten Welt
- 14** Positive Ansätze mit Leben erfüllen

MEDIEN

- 16** Strategien gegen die fragmentierte Öffentlichkeit
- 18** Eine Branche im Umbruch – die Zukunft der Radionachrichten
- 20** Kindheit und Jugend in digitalen Welten
- 21** Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- 22** Twitter-Demokratie in den USA

EUROPA

- 24** Europäische Reformideen und Grundwerte
- 25** Digitaler Binnenmarkt

INTERNATIONALE POLITIK

- 26** Gesundheit braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Gesundheit

NEUERSCHEINUNG

- 27** Feinde, Freunde, Fremde?

AKADEMIE INTERN

- 28** Passauer Tetralog startete vor 20 Jahren
- 29** Weltkulturerbe und Naturdenkmal
- 29** Personalverzeichnis
- 29** Impressum
- 30** Termine
- 32** Namen – Nachrichten

Titelfoto: Hamburger Speicherstadt
© akwsys / pixabay

Blick über den See



Beim jüngsten Datenskanal rund um Facebook geht es nicht „nur“ um die unbefugte Weitergabe von Nutzer- und Nutzerfreundes-Daten an die Analysefirma Cambridge Analytica. Es gehe auch, so ließ der Facebook-Chef und -Gründer Mark Zuckerberg die US-Senatoren wissen, um den Schutz der „Unversehrtheit“ US-amerikanischer Wahlen. Er beklagte, dass die

von seinem Unternehmen betriebenen Kanäle für ausländische Desinformationskampagnen missbraucht werden. Über die darin zum Ausdruck kommende tatsächliche oder auch nur vorgeschobene Naivität des Unternehmenschefs mag man sich ärgern. Auf jeden Fall sollte man diesen Hinweis auf die durch digitale Medien störanfällig gewordenen Wahlen in rechtsstaatlichen Demokratien ernst nehmen.

Aber wer sich aufmerksam durch die digitalisierte Kommunikationswelt bewegt, stellt fest, dass es gar keiner ausländischen Desinformationskampagnen bedarf, um Fehleinschätzungen über die öffentliche Stimmungslage aufzusitzen: Es genügt, sich im Netz und den „Sozialen Medien“ in argumentativ abgeschotteten Zirkeln zu bewegen und sich in der eigenen Einschätzung der (Nachrichten-) Lage auf diese zu verlassen. Dies ausgerechnet in einer Zeit zu tun, wo hierzulande der Zugang zu Informationen und einer Vielfalt an Meinungen noch nie so einfach war wie derzeit, ist nur scheinbar paradox: Manche reagieren auf die digitale Informationsflut, indem sie in den Botschaften der Vereinfacher „Entlastung“ von Komplexität suchen. Dadurch werden Menschen für Verschwörungstheorien aller Art anfälliger, und gleichzeitig kann der für das friedliche Miteinander in einer freiheitlichen Demokratie unverzichtbare öffentliche Diskurs womöglich in eine Schieflage geraten.

Politische Bildung ist das Gegenteil von Abschottung. Sie überwältigt nicht, sondern zeigt Hintergründe, Zusammenhänge und unterschiedliche Positionen auf. Aber in einer Hinsicht ist sie nicht neutral, sondern will mit Fug und Recht überzeugen: Vom Wert demokratischer und rechtsstaatlicher Prozesse und vom besonderen Stellenwert der freien Meinungsbildung.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära

Nicht erst seit der sogenannten Eurokrise oder der Präsidentschaft Trumps scheint Populismus zu einem durch die Demokratien ziehenden Gespenst zu avancieren. Als Phänomen begleitet er seit jeher die Demokratiegeschichte, doch scheint er heute eine neue Qualität erreicht zu haben und zu einer allgegenwärtigen Erscheinung geworden zu sein.

SEINE KLIENTEL erstreckt sich vom Lager vermeintlicher wie tatsächlicher Modernisierungsverlierer über Globalisierungs- und Europäisierungsgegner bis hin zu jenen, die sozialen Abstieg befürchten. Auch angesichts der gegenwärtigen politischen, gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen scheint der Boden für populistische Reflexe fruchtbar wie nie. Die Begleiterscheinungen sind eine zunehmend emotionale Politik, eine scheinbar irrationale politische Kommunikation und eine zunehmende Hoffähigkeit und Akzeptanz antipluralistischer Positionen. Unsere Tagung untersucht, was sich unter dem Begriff Populismus verbirgt und inwiefern er tatsächlich ein globales Phänomen ist, das unweigerlich mit Demokratien einhergeht – sei es als Gefahr oder Korrektiv.

Definitionsprobleme

Die Darstellung des Populismus als „Gespenst“ (Ernest Gellner) zielt auf ein Doppeltes hin: auf die ihm immanenten Gefahren für die demokratische Ordnung, aber auch auf die Schwierigkeit, dieses Phänomen definitorisch und analytisch überhaupt zu fassen. So verwies etwa Reinhard C. Heinisch (Paris Lodron Universität Salzburg) auf drei grundsätzliche Dimensionen des Populismus:

1. Populismus als rhetorisches Stilmittel,
2. Populismus als Machtstrategie,
3. Populismus als „dünne“ Ideologie.

Die ersten beiden Dimensionen zielen auf Handlungs- und Kommunikationsmuster ab, die im Sinne einer „praktizierten Popularität“ durchaus Bestandteil jedweder Politik sind und sein können. Denn nicht jeder, der Eliten kritisiert und der dem Volk nach dem Mund

redet, ist ein Populist. Die Berufung auf den Volkssouverän ist nichts Skandalöses, sondern eine legitime Machtstrategie, so auch Georg Eckert von der Bergischen Universität Wuppertal.

Entscheidend für den Populismus ist vielmehr das Vorliegen auch der dritten Dimension: sprich wenn „praktizierte Popularität“ mit einer „dünnen“ Ideologie einhergeht.

Gefahr für die Demokratie

Mit der „dünnen“ Ideologie rückt eine inhaltliche Komponente des Populismus in den Fokus, die auf eine provokative Konfrontation eines „wahren“ Volkes und einer vermeintlich korrupten, unfähigen und unmoralischen Elite zielt. Und hierin liegt die Gefahr: Denn die Bezugnahme auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption von „Volk“, das oft als Einheit präsentiert wird, stellt ein anti-pluralistisches Momentum dar. Dieses steht dem Grundprinzip jeglicher Demokratie entgegen, welche vielmehr auf dem Wettbewerb vielfältiger politischer Positionen basiert. Zudem delegitimiert der Populismus unterschwellig rechtstaatliche Institutionen wie repräsentative Strukturen, Gerichte oder auch Medien: „Wenn nämlich das Volk immer recht hat, wer ist befugt, ihm zu widersprechen?“, fragte Heinisch.

Dennoch müssen Trennlinien zum Extremismus und Radikalismus gezogen werden. Populismus sei nämlich trotz seiner antipluralistischen Tendenzen weder per se anti-demokratisch noch gewaltbereit. Vielmehr ist er ideologisch flexibel, ambivalent, opportunistisch und daher inhaltlich auch wandlungsfähig: „Popularität ist für Populisten wichtiger als Prinzipien“.

Weitere Eckpunkte der „populistischen Ideologie“ sind nach Tanja Wolf (Universität Würzburg):

- die zentrale Rolle einer Führungsfigur, die in einer direkten Beziehung zur Gefolgschaft steht,
- ein In-Frage-Stellen liberaler Prinzipien,
- Tabubrüche und radikale Aussagen sowie
- ein Politikangebot nach dem Motto: „Ein Problem. Eine Lösung. Alles gut.“



Tanja Wolf benannte Eckpunkte der „populistischen Ideologie.“
© Günther (APB)

Auch wenn sich diese Strategie spätestens dann entzaubere, wenn populistische Kräfte in Regierungsverantwortung treten, sei der Schaden auf gesellschaftlicher Ebene längst eingetreten.

Populismus als Zeitgeist?

Die aktuelle Hochkonjunktur populistischer Erscheinungen insbesondere in den europäischen bzw. westlichen Demokratien rückt die Frage nach den Entstehungsgründen, nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden solcher Bewegungen nahe. Für Frank Decker (Universität Bonn) gibt es ein Portfolio von Ursachen und Hintergründen, die Populismus unabhängig vom konkreten Land befördern:

- Zum einen führen die Globalisierung sowie die Digitalisierung mit ihren ungewissen Auswirkungen auch auf die künftige Arbeitswelt zu einer vor allem latenten sozioökonomischen Verteilungskrise: Diese speist sich aus Zukunftsängsten vor einer möglichen Konkurrenzsituation um wohlfahrtsstaatliche Leistungen und damit vor einem eventuellen sozialen Abstieg.
- Zum zweiten haben die Europäisierung, aber auch die Globalisierung insgesamt zur Folge, dass mit legaler wie illegaler Migration unsere Gesellschaften immer offener und durchlässiger werden. Konsequenz ist eine Identitätskrise, da es Bürgerinnen und Bürgern zunehmend an einem Orientierungsrahmen mangelt.
- Hinzu kommt die kritische Phase der repräsentativen Demokratie, zumal für immer größere Bevölkerungsteile die existierenden Systeme keine adäquaten Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen zu bieten scheinen.

Alle drei Krisen schwelen als drängende Problemlagen im öffentlichen Bewusstsein und stellen damit Anknüpfungspunkte für populistische Antworten und Orientierungsangebote dar, die von den entsprechenden Akteuren auch umgehend bedient werden.

Cyber-Populismus

Marianne Kneuer (Stiftung Universität Hildesheim) zeigte, wie der Öffentlichkeitswandel in Social-Media-Zeiten Populismus geradezu befördert. Dies liegt daran, dass die Strukturmerkmale des Internets in vielen Aspekten der Funktionslogik des Populismus entsprechen. Vor allem die dysfunktionalen Effekte der internetbasierten Kommunikation böten optimale Bedingungen für einen Cyberpopulismus: Dazu gehören Protest, Negativismus und Anti-Eliten-Haltung, der Rekurs auf das Volk, eine permanente Mobilisierung sowie Emotionalisierung und Vereinfachung. Insofern überrasche es nicht, dass sich gegenwärtige populistische Bewegungen und Akteure stark auf die

se Kommunikationskanäle stützen und so direkten Kontakt zu ihren Unterstützern und Wählern aufbauen und aufrechterhalten.



Marianne Kneuer: „Internet-Kommunikation bietet optimale Bedingungen für Populismus.“

Populisten umgehen auf diesen Kanälen eine öffentliche Diskussion und können unmoderiert auf Emotionalisierung und Negativismus zurückgreifen. In Filterblasen und Echokammern mit Verstärkungseffekten bekräftigen sie sich und ihre charismatischen Führungspersönlichkeiten. Öffentlichkeitsräume werden

in dezentrale Kommunikationszirkel parzelliert, die ohne journalistisch-redaktionelle Bearbeitung zu einer kommunikativen Abwärtsspirale werden. Der Lauerungseffekt, den die Vermittlung populistischer Inhalte durch die klassischen Medien zur Folge hatte, entfällt zunehmend.

Brutstätten des anti-europäischen Populismus

Mit Blick auf den nationalistischen Populismus in den sogenannten Visegrád-Staaten in Mitteleuropa zeigte Vratislav Havlík (Universität Brno), dass vor allem die Europäische Union als dankbarer Angriffspunkt und Angelpunkt von populistischer Kritik herangezogen wird. Dabei lässt sich beobachten, dass die politischen Eliten Ungarns, Polens, Tschechiens und der Slowakei im Vergleich zu ihrer Bevölkerung deutlich euroskeptischer agieren. Neben den allseits diskutierten Entwicklungen in Ungarn und Polen sei die Lage in Tschechien besonders kritisch. ANO, die populistische Bewegung des Milliardärs Andrej Babiš, wurde 2013 auf Anhieb zweitstärkste Kraft im Parlament und gewann 2017 haushoch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Angesichts ihrer Kompromissunfähigkeit und permanenten Agitation gegen die traditionellen politischen Kräfte ist sie aber bislang nicht in der Lage gewesen, eine stabile Koalition zu verhandeln: „Regierungstechnisch befindet sich das Land in einem Vakuum.“

Populismus als Vitalisierung der Politik

Anders scheint die Lage in Südeuropa, so Larazos Miliopoulos (Universität Bonn), wo Populisten schon immer mit der Demokratie einhergingen und „man sogar bis zu einem gewissen Punkt (Links-)Populismus als eine Art Vitalisierung der Politik benötigt“. Dieser habe langfristig dazu beigetragen, dass das Volk gegen die etablierten und teils verkrusteten Macht-

strukturen erst in Stellung gebracht werden konnte und dadurch gesellschaftlicher wie politischer Pluralismus akzentuiert wurde. Doch infolge der Staatsschulden- und Eurokrise und der Missstände durch die illegale Migration ist eine neue politische Konfrontation entstanden: zwischen dem Populismus einerseits und dem liberalen Antipopulismus andererseits. So werden die Effekte der früheren pluralistischen Vitalisierung konterkariert. In Griechenland und Spanien destabilisieren Bewegungen wie Syriza und Podemos die liberale Demokratie von links, in Italien wiederum ein populistischer Machtblock um das Movimento 5 Stelle und die Lega Nord von rechts.

Hyperpräsidentialismus

Dem früheren Populismus in Südeuropa durchaus ähnlich ist das lateinamerikanische Pendant. Auch dort hat er im Rahmen der gesellschaftlichen Modernisierungs- und Transformationsprozesse eine demokratisierende Rolle vollbracht, so Sophie Haring (Universität Passau), indem er zur Mobilisierung und politischen Inklusion von bis dahin marginalisierten Gruppen und Ethnien beigetragen hat: „In einem Kontext mit fragilen Parteisystemen und intermediären Vermittlungsagenturen ist es gerade charismatischen Führungspersönlichkeiten immer wieder gelungen, die Massen ohne jegliche ideologische Basis zu bewegen und nationale Einheit herzustellen.“ Gleichwohl habe diese Entwicklung dazu beigetragen, dass dadurch die Schwäche der Institutionen zementiert wurde und mitunter ein Hyperpräsidentialismus entstanden ist, der einer langfristigen Stabilisierung der Demokratien eher entgegensteht.

Wegbereiter für Trump

Noch einmal anders bewertet Reinhard Heinisch Populismus in den USA. Dort sei er ein integraler Bestandteil der Demokratiegeschichte. Angefangen mit der Präambel in der Verfassung von 1788 („We the People“) über die „Jacksonian Democracy“, die den Ethos des kleinen Mannes in den Mittelpunkt stellte, bis hin zu den so genannten „Populists“ Anfang des 20. Jahrhunderts, die als Partei der Arbeiter, Farmer und Handwerker kurzzeitig das Zweiparteiensystem durchbrachen, war „Populismus“ positiv besetzt. Er war aber mehr das rhetorische Stilmittel, die situative Machstrategie, als die „dünne“ Ideologie.

Geändert hat sich die Lage 1992, als mit dem texanischen Geschäftsmann Ross Perot ein Akteur die politische Bühne betrat, der für Nationalismus, Isolationismus und Protektionismus einstand und geistig als Wegbereiter für Steve Bannon und Donald Trump stehen kann. Mit letzteren wurde der amerikanische Populismus ideologisch aufgeladen, samt polarisierender Wirkung auf die Bevölkerung und Delegiti-

mierung der Verfassungsinstitutionen. Insofern sei Donald Trump der erste amerikanische Populist europäischen Zuschnitts.

Für Frank Decker verhält es sich mit dem Populismus wie mit der Arznei: Im begrenzten Maße kann er durchaus nützlich sein, doch darüber hinaus birgt er unkalkulierbare Risiken. So ist Populismus nicht durchweg anti-liberal und anti-demokratisch. Denn wenn Populisten um die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile werben und weniger den Anspruch verfolgen, die Bevölkerung in toto zu vertreten, ist der antipluralistische Impetus nicht zwingend gegeben. Vielmehr erwächst dadurch die Chance, unter Anhängern, die sich bislang von der Politik nicht vertreten fühlten, Glaubwürdigkeit zu verschaffen und so Repräsentationslücken im System zu schließen. Zudem führe nach Georg Eckert Populismus als Politikstil vielfach zu einer Reduzierung von Komplexität, indem er Akteure im populistischen wie anti-populistischen Lager animiert, Herausforderungen im politischen Alltag und entsprechende Problemlösungen einfacher zu kommunizieren. Und schließlich vermag er auch als Korrekturmechanismus zu fungieren, da immer wieder Diskussionen angestoßen werden, die sonst aus verschiedensten Gründen unterbleiben würden.



Frank Decker erkennt eine Identitätskrise und fehlende Orientierung in weiten Kreisen der Bevölkerung.

Wider die Dämonisierung

Gleichwohl ist die Schwelle von einem demokratiekonformen Populismus zu einem extremen Populismus nicht trennscharf. Alleine daher folgt, dass man sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen muss: auf politischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene. Denn eine Isolation bzw. gar Dämonisierung bestätigt Populisten lediglich in ihrer Außenseiterrolle. „Sie müssen vielmehr inhaltlich gestellt und in ihrer Politikunfähigkeit entlarvt werden“, so Decker. Dazu bedarf es ebenso einer unaufgeregten Konfrontation wie einer emotionalen Ansprache. Dabei müsse man eigene Themen in den Vordergrund stellen, statt über die „Stöckchen“ der Populisten zu springen. Es bedarf ebenso einer gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit, um Fake News und die Fallstricke des Populismus zu entlarven. Und es braucht Demokratiebildung mit dem Werben für gegenseitigen Respekt, Kompromiss- und Dialogbereitschaft. 

*Andreas Kalina
Miriam Günther*

„Zahlen mit abgewischten Tränen“ Internationaler Dialog über Asyl, Flucht und Migration

Deutschland sei einer der wichtigsten Partner des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), sagte dessen stellvertretende Leiterin Kelly T. Clements auf unserer Konferenz „International Refugee Research“*.

DIE TAGUNG war Teil eines Projekts, einen transatlantischen Dialog zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik, aber auch der Integration von Schutzsuchenden zu organisieren. UNHCR-Vertreterin Clements verwies dabei auf den aktuellen Anstieg von Flüchtlingsbewegungen in verschiedenen Regionen der Welt, insbesondere in Teilen von Lateinamerika, Afrika und Asien. Die von ihr vorgetragenen Statistiken seien Zahlen, „denen die Tränen abgewischt worden sind“.

Bewusst war ein globaler Ansatz gewählt worden, so dass der Umgang mit Flüchtlingen nicht nur in Europa und den USA, sondern auch in Japan, Kenia, Libanon und Jordanien untersucht wurde. Dabei zeigte sich bei der Abschiebung von Flüchtlingen nach Mali, dass der überwiegende Teil der Menschen den Weg nach Europa oder in die USA gar nicht erst geschafft hatte. 91 Prozent der Abschiebungen erfolgten innerhalb des afrikanischen Kontinents, zumeist von Nordafrika aus, wie Susanne U. Schultz (Universität Bielefeld) betonte. Damit zeige sich, dass die Europäische Union die Abschiebung von Migranten „erfolgreich“ an die nordafrikanischen Staaten ausgelagert habe und so rechtstaatliche Bedenken und eine kritische Öffentlichkeit innerhalb Europas umgehen könne.



Susanne U. Schultz: „Die meisten Flüchtlinge schaffen es gar nicht nach Europa oder in die USA.“

Bei derartigen Flüchtlingsbewegungen dürfe nicht unterschätzt werden, so ergänzte Hamza Safouane (Universität der Bundeswehr Hamburg), wel-



© TOMICEK

TUNNELBUCK

chen mannigfaltigen Formen von Gewalt die Betroffenen während ihrer Flucht ausgesetzt seien. Dabei bleibe meist unbeachtet, dass die Gewalt auch nach Ankunft im vermeintlich sicheren Europa kein Ende finde, sondern, z. B. in Form wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung, auch in der neuen Heimat andauern könne. Auch Teresa Koloma Beck (Universität der Bundeswehr München) beschäftigte sich mit psychosozialen Problemen von Geflüchteten. Sie legte Wert darauf, dass keinesfalls europäische Vorstellungen von Gewalt und Traumatisierung auf die Flüchtlinge übertragen werden und diese damit letztlich zu passiven Opfern gemacht würden. Vielmehr müssten auch Handlungsoptionen und Umgangsstrategien der Menschen in Betracht gezogen werden, um die Fluchterfahrungen weder zu dramatisieren noch zu banalisieren.

Fehlende Quoten zur Verteilung

In Europa zeigten sich zum Teil deutliche Unterschiede im Umgang mit Flüchtlingen, so Arne Niemann (Universität Mainz). Einerseits trügen bestimmte, vor allem südeuropäische Länder wie Griechenland und Italien, aber auch Zielländer wie Deutschland die Hauptlast der Migrationsbewegungen. Andererseits aber fehlten immer noch wirksame Verteilungsmechanismen innerhalb der Europäischen Union.

Der Integration von Schutzsuchenden widmete sich Petra Bendel (Universität Erlangen-Nürnberg), die dazu die Ergebnisse des Sachverständigenrats deutscher

* In Kooperation mit der Virginia Tech University (Blacksburg) und der Universität der Bundeswehr München

Stiftungen für Integration und Migration (SVR) vorstellte. 120.000 Flüchtlinge, die 2015/16 in Deutschland ankamen, müssten in Schulen aufgenommen werden. Ähnlich groß sei die Zahl derer, die in Berufsausbildungen vermittelt werden müssten. Die Probleme bestünden dabei vor allem darin, dass weder die Sprachkompetenz noch die berufliche Vorausbildung ausreichend für eine direkte Vermittlung in den Beruf seien. Hierzu seien intensive Weiterbildungen notwendig. Dennoch sei die Perspektive langfristig ermutigend, betonte Bendel. Zwar könne der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik nicht direkt durch die Geflüchteten ausgeglichen werden, doch würden sich mittelfristig positive Ergebnisse des Integrationsprozesses in den Arbeitsmarkt zeigen. Auch Katrin Hirsland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg betonte die Anstrengungen, die seit 2015 geleistet worden waren. So habe sich ihre Behörde innerhalb kürzester Zeit auf Druck der Ereignisse digitalisiert. Sämtlicher Schriftverkehr mit den Gerichten, der bisher in Papierform vorgenommen worden war, werde inzwischen rein digital abgewickelt. Auch habe man von den vor 2015 üblichen Broschüren auf die Smartphone-App „Ankommen“ umgestellt, die Flüchtlinge über Antragstellung, Sprachkurse, den Arbeitsmarkt und weiteres informiere.



Petra Bendel: Integrationsprobleme durch fehlende Sprachkompetenz und berufliche Vorausbildung

© Günther (APB)

asyl gewährt, so sei die Zahl bis 2017 auf 1500 Fälle angestiegen. Auslöser für diese Zunahme sei eine gewaltsame Räumung einer kirchlichen Unterkunft in Augsburg im Februar 2014 gewesen. Inzwischen aber hätten die zuständigen Behörden in Bayern versichert, dass sie die Unverletzlichkeit von Räumen der Kirchen akzeptieren würden.

Susanne Fischer (Universität der Bundeswehr München) wiederum untersuchte die Rolle spontaner Helfer während des Flüchtlingszustroms nach München im Sommer 2015, als innerhalb von zwei Wochen etwa 80.000 Menschen in der Landeshauptstadt angekommen waren. Sie verwies auf die wichtige Rolle der sozialen Medien bei der Kommunikation mit den Flüchtlingen, aber auch mit der Öffentlichkeit. Zudem habe die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Polizei und Helfern derart gut funktioniert, da man sich intensiv ausgetauscht und sich gegenseitig vertraut habe.

Die Stadt München, in der 180 Nationen leben und beinahe die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, bemüht sich besonders um die Integration der Geflüchteten. Franziska Szoldatits vom Sozialreferat der Landeshauptstadt erläuterte dabei den „Masterplan für München“, der die heute 46.000 Geflüchteten in der Stadt im Blick hat. Ziel sei dabei, so Szoldatits, die Integration der Menschen vom ersten Tag an – egal über welchen rechtlichen Status sie verfügten. In den Jahren 2016 und 2017 seien dafür je 3,8 Millionen Euro zusätzlich zu Bundes- und Landesmitteln von Seiten der Stadt investiert worden. Man wolle, so der Plan, keine Zeit verschwenden, sondern die erkannten Probleme frühzeitig angehen, um größere Schwierigkeiten in der Zukunft zu vermeiden. 

Michael Mayer

Mehr Kirchenasyl

Einen besonderen Raum innerhalb der Tagung nahmen auch die Bemühungen auf lokaler Ebene in Blacksburg (Virginia) und in München ein. Dieter Müller von der Societas Jesu verwies dabei auf die Rolle des Kirchenasyls, das sich seit den 1980er Jahren in der Bundesrepublik verbreitet habe. Wurde im Jahre 2014 nur 400 Menschen Kirchen-



Der Grenzzaun an der ungarisch-serbischen Grenze

© Délmagyarország / Andrea Schmidt / CC BY-SA 3.0

Brüche und Brücken

Von der Feindschaft über Kollaboration zur deutsch-französischen Aussöhnung

Sie hatten sich 1940 im besetzten Paris kennengelernt: Maurice Lagrange, Mitglied der *Présidence du Conseil* unter Marschall Philippe Pétain, und Elmar Michel, Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Militärverwaltung in Paris. Miteinander und gegeneinander versuchten sie, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder möglichst weitgehend zu verwirklichen.

IN DEN 1950ER JAHREN sollten Lagrange und Michel erneut zusammentreffen. Nunmehr ging es nicht mehr darum, einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf in einer Besatzungssituation auszutragen, vielmehr wurden sie nun Teil des Projekts der europäischen Integration. Lagrange war ab 1952 als Generalanwalt am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tätig. Michel versuchte zu diesem Zeitpunkt noch, der französischen Justiz zu entkommen, doch intervenierte das französische Verteidigungsministerium zu seinen Gunsten. Man wollte vermeiden, dass zu ausführlich über die deutsch-französische Zusammenarbeit während des Krieges gesprochen wurde. Michel wurde nach seinem Freispruch Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium und kam so erneut in Kontakt mit Lagrange.

Kontinuitäten und Diskontinuitäten

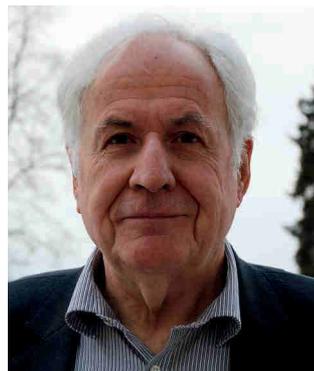
Die Tagung „Brüche und Brücken. Deutschland und Frankreich 1923 bis 1963“* beschäftigte sich mit den Kontinuitäten und Diskontinuitäten der beiden Kernländer Europas. Dabei sollten bewusst die üblichen Chronologien hinterfragt werden und über die vermeintlichen Brüche wie etwa 1939 oder 1945 hinweggegangen werden. Als Ankerpunkte dienten die französische Ruhrbesetzung 1923 und die öffentlichkeitswirksame Versöhnung durch den Élysée-Vertrag von 1963.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle unterzeichneten 1963 im Pariser Élysée-Palast den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. V.l.n.r. am Tisch: Bundesaußenminister Gerhard Schröder, Bundeskanzler Adenauer, Staatspräsident de Gaulle, Premierminister Georges Pompidou und der französische Außenminister Maurice Couve de Murville.

© Bundesarchiv B 145 Bild-P106816 / CC-BY-SA 3.0

Friedemann Pestel (Universität Freiburg) konnte anhand von Tourneen der Berliner Philharmoniker in Frankreich nachweisen, dass deren Programm zwischen dem ersten Konzert 1897 in Paris und den 1960er Jahren kaum Brüche aufwies. Bei der deutschen Kulturwoche in Paris 1937 wurde sogar das



Werner Bührer untersuchte die Kontinuität der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder.

Horst-Wessel-Lied zusammen mit Beethovens 9. Symphonie gespielt, welches die prägende Zeile trägt: „Alle Menschen werden Brüder“. Widersprüchlicher konnte deutsche Kulturdiplomatie kaum sein. Ähnliche Kontinuitäten zeigten sich in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die von Werner Bührer (TU München) untersucht wurden. Die

Unternehmer beider Länder sorgten in krisenhaften Zeiten sogar dafür, dass der Kontakt zum Nachbarland fortbestand und damit die Möglichkeit einer Wiederannäherung gegeben war.

* In Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg und dem Institut français München

Die Frage der deutsch-französischen Annäherungen von Rechtsextremen wurde von Sebastian Liebold (TU Chemnitz) in den Blick genommen. Diese waren sich seit Ende der 1920er Jahre erstaunlich einig darin, dass autoritäre bzw. diktatorische Regime die beste Lösung für die bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme darstellten.



Sebastian Liebold: Deutsch-französische Annäherungen von Rechtsextremen seit Ende der 1920er Jahre

Umdeutung und Verklärung

Nach dem Zweiten Weltkrieg deuteten sie ihr einstiges Engagement um und verklärten ihre eigenen Aktivitäten. Extremere noch war dies im Falle der deutschen Kriegsverbrecher, wie René Staedtler (University of Maryland, College Park) nachwies. Durch die relative Amnestierung der deutschen Täter des Zweiten Weltkriegs auch in Frankreich wurde dabei insofern eine Brücke für die deutsch-französische Verständigung geschlagen, als damit auch die eigene französische Kollaboration verharmlost wurde.

Dies zeigte sich auch in der Begrifflichkeit. Während der Terminus Versöhnung in den 1920er Jahren eher im pazifistischen Milieu verbreitet war, so Corinne Defrance (Centre national de la recherche scientifique, Paris), wurde dieser in den 1930er Jahren von den Rechtsextremen vereinnahmt. Dadurch war dieser Begriff in der Nachkriegszeit erst einmal diskreditiert, bis er 1962 beim Zusammentreffen von Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer in Reims rehabilitiert wurde. Dieser offiziellen Aussöhnung – so Henning Fauser (Institut d'études politiques, Rennes) – wurde von ehemaligen Widerstandskämpfern und KZ-Überlebenden der Begriff der *véritable réconciliation* gegenüber gestellt, der die Meistererzählung der deutsch-französischen Aussöhnung nuancierte. Dominik Rigoll (Zentrum für Zeithis-



Corinne Defrance: „Versöhnung wurde in den 1930er Jahren von den Rechtsextremen vereinnahmt.“

© Schmid (APB)

torische Forschung, Potsdam) verwies dabei anhand des Beispiels der Liga für Menschenrechte darauf, wie schwer es den deutschen und französischen Sektionen fiel, an die Zeit vor 1945 zu erinnern.

Ein Teil der deutschen kommunistischen Widerstandskämpfer in Frankreich zog es nach dem Krieg in die DDR, wo sie jedoch erst einmal aufgrund ihrer Kontakte zum „Klassenfeind“ unter Beobachtung standen. Ulrich Pfeil (Universität de Lorraine, Metz) zeigte auf, wie sie im Zuge der Anerkennungspolitik der DDR ab 1957 für erneute Westkontakte benötigt wurden, ohne dabei aber vollends rehabilitiert zu werden. Andreas Wilkens (Universität de Lorraine, Metz) ergänzte dabei auch bisher unbekannt Beispiele, wie den Fall von Hilde Meisel, die sich im Londoner Exil mit einer europäischen Nachkriegsordnung unter Einschluss Deutschlands befasste.

Integration begann 1815

Guido Thiemeyer sprach sich am Beispiel der Regulierung der Rheinschifffahrt dafür aus, den Prozess der europäischen Integration 1815 beginnen zu lassen. Mit der völligen Liberalisierung der Rheinschifffahrt und der Schaffung supranationaler Regelungen in der Rechtsprechung mit eigenen Gerichten wurden erstmals mittels überstaatlicher Kooperation Fragen geregelt, die zuvor der nationalen Souveränität unterlagen. Obwohl Hitler 1936 den Austritt des Deutschen Reichs aus der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt verkündet hatte, ging die Kooperation faktisch unverändert weiter, wenn auch auf einer verwaltungstechnisch niedriger angelegten Ebene. Thiemeyer sieht hier ein Vorbild für die Lösung der aktuellen Debatte um den Brexit, d. h. eine faktische weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU trotz eines vollzogenen Austritts.



Michael Mayer



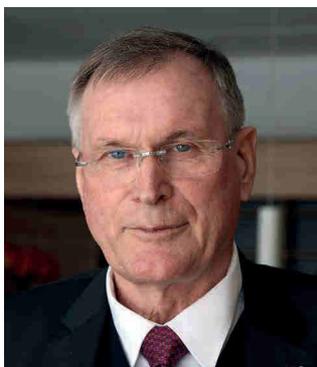
Das Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle 1962 in der Kathedrale von Reims ebnete den Weg für die deutsch-französische Verständigung.

© Bundesarchiv B 145 Bild-F013405-0020 / Egon Steiner / CC-BY-SA 3.0

Sprachfragen sind auch Machtfragen

Ob und wie verändern sich wissenschaftliche Forschung, Bildung und Kommunikation unter dem Einfluss von Ökonomisierung und Anglophonisierung?

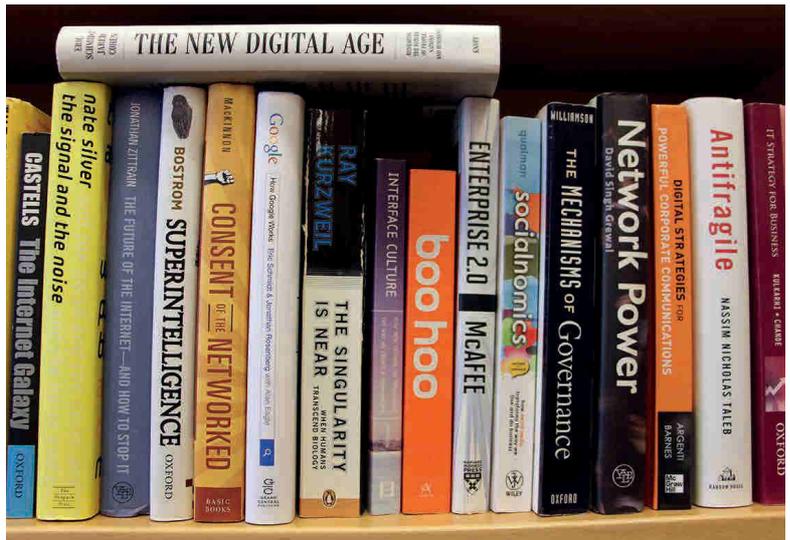
DASS DIE AKADEMIE die Verdrängung des Deutschen als Wissenschaftssprache durch Englisch in einer Tagung aufgreift, mag überraschen. Zunächst aber ist die Akademie selbst von diesem Wandel betroffen: Insbesondere jüngere Wissenschaftler tun sich zunehmend schwer, überhaupt einen Vortrag auf Deutsch anzubieten – worunter die Kommunikation ihrer Forschungsergebnisse leidet, zumindest wenn man die Grenzen der Fachgemeinschaft überschreiten will und sich wie die Akademie an ein breiteres Publikum wendet. Die Veränderungen im Selbstverständnis und in der Organisation der Wissenschaften sind aber auch deshalb für die politische Bildung relevant, weil sie die Konjunkturen der Forschungs- und Wissenschaftspolitik reflektieren. Wobei die Tagung verdeutlicht hat, dass der Vormarsch des Englischen in Forschung und Lehre ein globales Phänomen ist, so dass es nicht nur um eine deutsche Nabelschau geht, sondern um mehr: Letztlich ist die Sprachenfrage in der Wissenschaft auch eine Frage der kulturellen Gestaltung der Globalisierung, wie es Siegfried Gehrman (Universität Zagreb) einleitend formulierte.



Johannes Singhammer: „Wissenschaftssprache ist häufig Wegbereiterin für die allgemeine Sprachentwicklung.“

Gegen „Verzwegung“

Vehement plädierte denn auch Johannes Singhammer, der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestags, gegen eine „Verzwegung“ der deutschen Sprache in den Wissenschaften, denn die Wissenschaftssprache sei häufig Wegbe-



Aktuelle Fachliteratur wird heute häufig nur noch auf Englisch publiziert.

© Schröder (APB)

reiterin für die allgemeine Sprachentwicklung. Er forderte die Politik auf, gegen eine Marginalisierung des Deutschen vorzugehen und zum Beispiel die widersprüchliche Verwendung von Steuergeldern – etwa durch Ausgaben für (studentische) Deutschkurse einerseits und Forcierung englischer Studiengänge andererseits – zu beenden. Singhammer berichtete, dass am Ende der letzten Legislaturperiode im Bundestag fast ein Forderungskatalog zur Stärkung der deutschen Sprache beschlossen worden wäre, jedoch habe die überraschende Verabschiedung der sogenannten Ehe für alle dann das Gestaltungspotential der Koalition aufgezehrt.

Widersprüche

Beim ersten Panel standen die unternehmerische Lenkung und Marktorientierung der Institution Universität auf dem Prüfstand, wobei weniger die Diagnose einer entsprechenden Ausrichtung der Universitäten in Frage gestellt oder vertieft wurde, sondern deren Folgen, insbesondere auf die Wissenschaftssprache. Julian Nida-Rümelin (Universität München) und Bernhard Kempen (Deutscher Hochschulverband) verwiesen auf den Widerspruch zwischen unternehmerischer Lenkung und Wissenschaftsfreiheit, weil erstere die intrinsische Motivation der Forschenden untergrabe und die immanente Steuerung der Wissenschaft verhindere. Dieser kritischen Sicht schloss sich auch Peter Finke (Universität Bielefeld) an, wobei er auf die Verantwortung der Universitäten für bestimmte Fehlentwicklungen verwies und forderte, die institutionalisierte Wissenschaft nicht von der Gesellschaft zu separieren und die Zivilgesellschaft

* Gemeinsame Tagung mit dem Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache e.V. (ADAWiS) und dem Zentrum für Europäische Bildung Zagreb

stärker an forschungspolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Finke kritisierte zudem, dass die heutige Wissenschaftskultur nicht offen für Vielfalt sei und Konkurrenz nicht als alleiniges Fortschrittsinstrument gelten könne. Damit stieß er jedoch auf vernehmbaren Widerspruch bei Gerhard Müller (TU München), der erstens der Zivilgesellschaft bescheinigte, die Anliegen der Grundlagenforschung häufig kaum zu überblicken, und zweitens die unternehmerische Lenkung der Universitäten nicht als deren Einschränkung, sondern als Gestaltungschance wertete. Unternehmerisch heiße für ihn, den Forscherinnen und Forschern Entfaltungsräume zu eröffnen, um ihnen optimale Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Dominanz der „Life Sciences“

In der Diskussion standen die Folgen der universitären Neuausrichtung vor allem für die Wissenschaftssprache im Fokus. Müller kritisierte die seines Erachtens früher weitgehend unverbundenen Kommunikationsräume, deren Grenzen nunmehr durch das Englische als Katalysator für den Austausch überwunden würden. Demgegenüber betonten andere Diskutanten die Unterschiede zwischen den Wissenschaftszweigen:

Gerade die Geistes- und Kulturwissenschaften seien auf ihren jeweiligen kulturellen Resonanzraum und mit hin auf ihre Gemeinsprachen angewiesen, ohne die sie von zentralen Wissensbeständen abgeschnitten würden. Letzten Endes sah Nida-Rümelin in der gegenwärtigen Entwicklung eine Verkehrung früherer Schieflagen: Während Universitäten



Julian Nida-Rümelin : Widerspruch zwischen unternehmerischer Lenkung und Wissenschaftsfreiheit

lange einseitig an der philosophischen Forschungspraxis ausgerichtet gewesen seien, dominiere nun die Forschungspraxis der Life Sciences – beide Extreme könnten jedoch den Wissenschaften in ihrer Komplexität nicht gerecht werden.

Starke Ausdifferenzierung

Im zweiten Panel zur „ökonomisierten“ Bewertung von Forschungsergebnissen prallten ebenfalls sehr unterschiedliche Positionen aufeinander. Einerseits unterstrich Frank Ziegele (Centrum für Hochschulentwicklung) den Wert quantifizierender Bewertungsverfahren, sofern sie mehrdimensional konzipiert seien und diese Mehrdimensionalität auch genutzt würde – möglichst in Verbindung mit Peer-Review-Verfahren,

weil hierdurch diskursive Prozesse der Beteiligten angestoßen würden. Dem hielt Eva Schlottheuber (Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) entgegen, dass die Betroffenen solche Prozesse häufig als aufgezwungen empfänden. Sie kritisierte, dass die quantifizierten Bewertungsverfahren viele Ressourcen binden, weil sie zu einer Vervielfachung von Publikationen führen – die letztlich niemand lese. Als Alternative empfahl sie eine Stärkung der klassischen Rezensionspraxis, die allerdings Mut zur Kritik erfordere, woran es heute vielfach mangle. Thomas Loew (Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften) wiederum wies darauf hin, dass die starke Ausdifferenzierung der Wissenschaften den Peer-Review-Verfahren und der Rezensionspraxis Grenzen setze und die häufigen Bewertungserfordernisse im Wissenschaftsalltag überdies zu einem Rückgriff auf quantitative Indikatoren zwingen.

„Marktorientierung reduziert Vielfalt“

In einem sehr unterhaltsamen Abendvortrag führte Harald Lesch (Universität München) anschaulich vor Augen, welche Konsequenzen mit dem Siegeszug der



Harald Lesch: Konsequenzen des Siegeszugs der Wettbewerbsorientierung an den Universitäten

© Haas (APB)

Wettbewerbsorientierung an den Universitäten verbunden sind. Seine zentrale Botschaft: Wenn Wissenschaft genau so organisiert ist, genauso funktioniert und den gleichen Maßstäben unterworfen ist, wie andere Gesellschaftsbereiche um sie herum, dann kann sie Gesellschaft auch nicht mehr anders denken. Damit verlören Universitäten und die Wissenschaft insgesamt ihre

Sonderstellung und auch ihre Legitimation. Lesch verwies zudem darauf, dass die Ökonomisierung der Universitäten im Sinne ihrer Marktorientierung Vielfalt reduziere, aber genau diese Vielfalt zum Kennzeichen der Wissenschaft gehöre. Sie brauche daher „geistige Naturschutzbereiche“, also Räume zum freien Denken, statt Uniformität und Standardisierung.

Wert mehrsprachiger Kompetenz

Ulrich Steinbach, Amtschef im Wissenschaftsministerium Baden-Württembergs, wies in seinem Vortrag zunächst darauf hin, dass angesichts eines Anteils englischsprachiger Studiengänge in Deutschland von sieben Prozent nicht von einer Dominanz des Englischen gesprochen werden könne. Er bekräftigte

vielmehr den Wert mehrsprachiger Kompetenz in Forschung und Lehre und verwies auch auf die Bedeutung der Sprache für die Integration ausländischer Forscher und Studenten. Die These von der Ökonomisierung der Universitäten wies er zurück als einerseits zu unpräzise und andererseits mit der Wissenschaftsfreiheit nicht vereinbar. Steinbach unterstrich, dass die Universitäten in den letzten Jahren eine zunehmende Autonomie von staatlicher Steuerung erlangt hätten – womit die Universitäten selbst Treiber vieler Entwicklungen geworden seien, die sie nun beklagten.

Zur Situation in Kroatien erläuterte Pavo Barisic, ehemaliger Wissenschaftsminister Kroatiens, dass Deutsch zwar nach wie vor als wichtige Wissenschaftssprache gelte, auch wenn es vom Englischen auf den zweiten Platz verdrängt worden sei. Vor allem in den Geistes- und Kulturwissenschaften spiele Deutsch aber nach wie vor eine große Rolle. Barisic beklagte jedoch am Beispiel seiner eigenen Disziplin, der Philosophie, dass deutsche Wissenschaftler selbst kaum noch Vorträge auf Deutsch hielten, wodurch diese Sprache als Konferenzsprache in Gefahr geriete.

Migrationsmagneten und Integrationsmotoren

Das Panel zur Anglophonisierung wissenschaftlicher Tätigkeit verlief weniger kontrovers als die vorherigen Podien, aber nicht minder facettenreich als diese. Cornelia Schu (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) betonte die Rolle der Hochschulen als Migrationsmagneten und Integrationsmotoren. Der anfängliche Vorteil englischsprachiger Studiengänge verkehre sich aber dann in einen Nachteil, wenn die internationalen Absolventen dieser



Jutta von Campenhausen: vorausseilender Gehorsam vieler Universitäten

Studiengänge auf den hiesigen Arbeitsmarkt drängen, der nach wie vor sehr auf Arbeitnehmer ausgerichtet sei, die Deutsch als Fachsprache beherrschten.

Jutta von Campenhausen (Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf) berichtete anschaulich vom vorausseilenden Gehorsam vieler Universitäten, weil die Verwendung von Englisch einfach als modern gelte. Besonders spannend wurde es, als Winfried Thielmann (TU Chemnitz) ein Flugzeugmodell auspackte und anhand verschiedener Bauteile die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der

deutschen und englischen Sprache erläuterte. Er verdeutlichte, dass und wie Sprachen Wirklichkeitsraster darstellen und mit der Dominanz einer bestimmten Sprache auch die korrespondierenden Traditionen der Theoriebildung ein Übergewicht erlangten. Schließlich konstatierte Peter Strohschneider (Deutsche Forschungsgemeinschaft), dass Sprachfragen auch Machtfragen seien, und forderte, dass sich die deutsche Wissenschaft nicht ohne Not in die Rolle des weniger sprachmächtigen Akteurs drängen lassen sollte. Mehrsprachigkeit sei auch als Gegenpol zum antipluralistischen Zeitgeist wichtig und könne der Dominanz des naturwissenschaftlichen Wissenschaftsmodells entgegenwirken.

Wettbewerb um Ressourcen

In der Abschlussdiskussion betonte Richard Münch (Universität Bamberg), dass Wettbewerb zwischen Ideen, Theorien und einzelnen Forschern schon immer Kennzeichen von Wissenschaft gewesen sei. Dieser wissenschaftliche Wettbewerb habe sich zuletzt aber unter dem Eindruck des Neuen Steuerungsmodells verändert: hin zu einem Wettbewerb zwischen Institutionen und zu einem ökonomischen Wettbewerb um Ressourcen. Problematisch seien dabei insbesondere die ungleichen Ausgangsbedingungen und die Bildung von Oligopolen, zu der dieser Wettbewerb führe. Und das heiße nichts anderes als eine abnehmende Diversität.

Zu den Handlungsoptionen forderten mehrere Diskutanten ein selbstbewussteres Auftreten der (kontinental-)europäischen Wissenschaften, um der Übermacht angelsächsischer Traditionen und Paradigmen entgegenzuwirken. Erforderlich wären unter anderem europäische Zeitschriften und Zitationsdatenbanken. „Der Ball“, so Siegfried Gehrman abschließend, „liegt hier auch bei uns.“

Verluste durch Einsprachigkeit

Im Ergebnis konnte die Tagung die These, wonach die Sprache von Forschung und Lehre durch Konzepte der Ökonomie gelenkt werde, zwar nicht umfassend belegen, da unscharf blieb, was diese Konzepte der Ökonomie genau beinhalten. Die Wirkungen, die von der Steuerung der Universitäten durch unternehmerische Konzepte und der Wettbewerbsorientierung der Wissenschaft auf deren Erkenntnispotentiale ausgehen, sind aber deutlich zutage getreten. Vor allem aber hat die Tagung untermauert, welche Verluste mit der Durchsetzung von Einsprachigkeit verbunden sind – Verluste an Wissensbeständen, an Erkenntnisverfahren, an kultureller Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit, auf die Wissenschaft angewiesen ist. 

Jörg Siegmund

(Politik-)Simulationen in der digitalisierten Welt

Digitalisierung verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt dramatisch und einschneidend. Immer mehr digitale Elemente bestimmen unseren Alltag. Was bedeutet das für Planspiele und Simulationen? Wie können oder müssen zukünftige Planspielformate aussehen? Experten aus der Planspielszene tauschten sich beim Tutzinger Netzwerktreffen* aus.

DIE THEMENPALETTE der präsentierten und zum Teil auch durchgeführten Planspiele reichte von Politik über Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Ökologie bis zur Stadt- und Verkehrsplanung. Die Bandbreite der Formate ging von klassisch-analog als Brettspiel bis digital – zum Teil auch internetbasiert.

Nischenprodukte im Retrostil

Der Spiele-Fachjournalist Manuel Fritsch zeigte aktuelle Entwicklungen auf dem Markt auf und machte deutlich, dass entgegen den Megatrends der milliardenschweren Game-Industrie – sie macht in Deutschland mit drei Milliarden Euro pro Jahr mehr Umsatz als die Film- und Musikindustrie zusammen – durchaus auch kleine Firmen mit Nischenprodukten im Retrostil eine Chance haben. Häufig seien diese Plattformen werbefrei und nur von Nutzern finanziert.

Thomas Franke von der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg führte ein online-gestütztes Planspiel zur Osterweiterung der Europäischen Union vor, das sich mit Schülern in einer ersten Probephase befindet. Länder wie Mazedonien wollen einen Beitrittsantrag stellen und müssen die Kriterien erfüllen, während die Mitgliedsländer über die Aufnahme beraten.

Konstantin Kaiser von *planpolitik* in Berlin stellte eine von seiner Firma entwickelte Internetplattform vor (<http://senaryon.com>). Auf dieser flexiblen Basis können unterschiedliche Inhalte eingespeist und die



Es wurde viel gespielt auf der Tagung – klassisch-analog oder online und digital.

© Schröder (APB)

Spielumgebung an den gewünschten Umfang und die Zielgruppe angepasst werden. Mit Senaryon können sowohl Online-Planspiele mit Vor-Ort-Veranstaltungen (Blended-Learning) als auch reine Online-Spiele mit Teilnehmenden aus aller Welt veranstaltet werden.

Eric Treske hat mit seiner Firma *intrestik* (<http://www.intrestik.de>) eine Simulation für die Lösung von Verkehrsproblemen entwickelt. Die Herausforderung besteht darin, ein vernetztes Verkehrsangebot zu schaffen – mit attraktiven Verbindungen, Übergängen und steigendem Anteil umweltfreundlicher Verkehrsträger. Mobilitätskonzepte werden eins zu eins, aber in ihrer Komplexität reduziert, modelliert und für alle verständlich abgebildet.

Psychologische Ersatzbefriedigung

Der Fachjournalist und Gründer des Bayerischen Spiele-Archivs, Tom Werneck, warf einen Blick in die Zukunft des Spielmarktes. Seine Prognosen sind nicht besonders optimistisch: „Noch steht es jedermann frei, welche Spiele er kauft oder aus dem Netz herunterlädt und es steht derzeit auch jedermann frei, in welchen virtuellen Welten er sich bewegen will. Die wirklich spannende Frage ist, ob das auf die Dauer so bleiben wird, wenn es in naher Zukunft darum geht, die Zeit von Millionen Menschen mit psychologischen Ersatzbefriedigungen auszufüllen.“

Man wisse derzeit nicht, ob ein großer Teil der Menschheit sich künftig vorwiegend in virtuellen Welten bewegen und deshalb am realen Leben vorbeileben wird. Man solle sich aber darüber Gedanken machen, ob das Leben in virtuellen Ersatzwelten wünschenswert sei und ob und wie man diese Entwicklung fördern oder sich eher dagegen stemmen sollte. 

Michael Schröder

* In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der SAGSAGA (Swiss Austrian German Simulation And Gaming Association)

Positive Ansätze mit Leben erfüllen

Einschätzung des „Gesamtkonzepts für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ der Direktorin der Akademie für Politische Bildung

GERADE IN ZEITEN, in denen die meisten von uns den Eindruck haben, dass Rationalität nicht nur in der praktischen (internationalen) Politik ein auf dem Rückzug befindliches Phänomen ist, sind erfreuliche Entwicklungen besonders gern gesehen. Das Inkrafttreten des Gesamtkonzepts für die Politische Bildung an bayerischen Schulen im September 2017 gehört aus Sicht der Akademie für Politische Bildung unbedingt in diese Kategorie. Und zwar nicht nur deshalb, weil wir natürlich auch ein wenig stolz darauf sind, dass die meisten Forderungen des von der Akademie initiierten „Tutzinger Runden Tisches zur Politischen Bildung“ vom November 2016 in das vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München (ISB) im Auftrag des Kultusministeriums entwickelte Gesamtkonzept aufgenommen wurden.

Das neugefasste Gesamtkonzept im Rang einer verbindlichen Kultusministeriellen Bekanntmachung (KMBek) nimmt die Phänomene zum Ausgangspunkt, deren Auswirkungen das Leben künftig noch mehr prägen werden als sie dies jetzt schon tun: Die zunehmende gesellschaftliche Heterogenität, die Auswirkungen der Globalisierung und die Folgen der Digitalisierung für Kommunikation, Arbeitswelt und Demokratie. Das Gesamtkonzept sieht die Politische Bildung aus gutem Grund unter den Bedingungen der modernen Medien- und Kommunikationswelt und reklamiert die zentrale Bedeutung politischer Bildung für alle Schularten, sowie – aufgrund ihrer Bedeutung als übergeordnetes Bildungsziel – eben auch für alle Fächer. Zweifelsohne muss Politische Bildung im Sinne von Demokratieerziehung bereits vor der Schule beginnen, und sie endet vor allem nicht nach der Schule. Aber

die Schule ist ein entscheidender Ort dafür. Und das macht das Grundkonzept erfreulicherweise unmissverständlich klar.

Positive Bewertung

Zu begrüßen ist, dass Politische Bildung zwar in einem umfassenden Bezug gestellt wird, aber gleichzeitig das grundsätzlich sinnvolle fächerübergreifende Prinzip und Konzept nicht (mehr) zur Ausrede dafür herangezogen werden kann, die Politische Bildung in ihren eigentlichen Leitfächern womöglich zu vernachlässigen. Alle Schul-

fächer werden durch das Konzept, das die gleiche Verbindlichkeit besitzt wie die geltenden Lehrpläne, bewusst einbezogen und in die Pflicht genommen. Politische Bildung wird mit insgesamt 15 verschiedenen schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen verknüpft. Darüber hinaus erfolgt die Politische Bildung in den verschiedenen Leitfächern, von denen das Fach Sozialkunde das ganz zentrale ist.

Aufgaben der Zukunft

Das neue Gesamtkonzept wartet mit einer Fülle von Anregungen zur Praxis einer zeitgemäßen Politischen Bildung an Schulen auf und weist auf die Notwendigkeit der Methodenvielfalt hin, wie z. B. Projekttag, Exkursionen, Wettbewerbe etc.. Damit werden die Schulleitungen und die einzelnen Lehrkräfte auch in die Pflicht genommen. Dass sie umgekehrt aber mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden, zeigen die Angebote, die das ISB den Verantwortlichen mit Materialien und Webportalen macht. Bemerkenswert erscheint, dass keine Einbahnstraße gelegt wird, sondern die Schulen



Das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen trat im September 2017 in Kraft.

umgekehrt die Gelegenheit erhalten, auf ihre eigenen Projekte und auch Unterrichtsplanungen zu verweisen und diese in die Dynamik Demokratielernen und Politische Bildung einzuspeisen.

Vom Konzept zur Umsetzung

Ein wichtiger Schritt ist getan. Aber nur, wenn jetzt die nächsten Schritte folgen, kann aus diesem so sinnvollen Grundkonzept mehr werden als bloß eine ambitionierte Absichtserklärung. Dazu müssen alle Verantwortlichen in den Schulen, aber auch in den Aus- und Fortbildungs-



Ursula Münch: „Demokratie ist im Schulalltag noch nicht ausreichend erlebbar.“

© Archiv (APB)

einrichtungen gehörige Anstrengungen unternehmen. Nur dann kann aus der Theorie auch gelebte Praxis werden. Zum Vorteil aller. Um die anspruchsvollen Ziele und Kompetenzvorgaben zu erreichen und sie in der schulischen Praxis flächendeckend, d. h. für alle Schularten und alle Schülerinnen und Schüler, umzusetzen, ist die weitere Systematisierung und Professionalisierung der Politischen Bildung unerlässlich.

Wesentliche Voraussetzungen dafür sind:

Die Versorgung der Schulen mit einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften, die die Fakultas Sozialkunde besitzen und deren Kernkompetenz die Politische Bildung ist. Fachfremden Unterricht darf es angesichts des hohen Stellenwerts des Faches nicht mehr geben. Dazu braucht es dringend die Erweiterung der Fächerverbindungen für Sozialkunde (insbesondere für Fremdsprachen und die MINT-Fächer), damit zukünftig wieder mehr Referendare mit Sozialkunde-Fakultas eine Einstellungschance haben.

Damit Politische Bildung als Auftrag für alle Lehrkräfte gelingt, ist durch entsprechende Ausbildungsmodule und Fortbildungsangebote in allen Phasen sowohl der Lehrerausbildung als auch der Lehrerweiterbildung sicherzustellen, dass die (künftigen) Lehrkräfte ein solides Grundverständnis für die Relevanz des Themas sowie die zentralen Grundkompetenzen

im Bereich Politik, Gesellschaft und Didaktik der Politischen Bildung erwerben. Dafür können die Seminarlehrer für Grundfragen Staatsbürgerlicher Bildung (GSB) mit dem Ziel fächerübergreifender Fortbildungen nicht nur für Referendare eingesetzt werden.

Eine besondere Herausforderung, die sich aus dem Gesamtkonzept ergibt, ist die Weiterqualifikation derjenigen, ohne die das fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel Politische Bildung nur auf dem Papier stehen würde: Gerade für die Nicht-Fachlehrer stellen die unabdingbaren Fortbildungen in Politischer Bildung eine zusätzliche (zeitliche) Belastung dar, die ja nicht zulasten der Fortbildungen in den eigenen Fächern gehen darf. Auf die Schulleitungen kommen dadurch zusätzliche Konflikte zu. Ein Lösungsansatz könnte sein, auch in die jeweiligen fachlichen Fortbildungen verbindliche Elemente der Politischen Bildung zu integrieren.

Notwendige Unterstützung

Und schließlich ist sicherzustellen, dass der an den Schulen neu zu installierende Koordinator „Politische Bildung“ über die Fakultas im Fach Sozialkunde verfügen muss.

Demokratieerziehung und Politische Bildung beschränken sich nicht auf Unterrichtsprinzip und den Unterricht in den Leitfächern. Politische Bildung muss auch im „Erfahrungsraum Schule“ stattfinden; daran lässt das Gesamtkonzept erfreulicherweise keinen Zweifel. Aber auch das ist sehr voraussetzungsvoll: Um Projekttag und externe Angebote attraktiv zu machen, müssen Lehrkräfte, die solche Projekte anbieten, freigestellt und finanziell unterstützt werden.

So ist bei allen (zunächst noch theoretischen) Vorteilen des neuen Gesamtkonzepts nicht zu übersehen, dass Demokratie im Schulalltag noch nicht ausreichend erlebbar ist. Mehr Partizipationsmöglichkeiten und wirksame Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten in der Schulverfassung können ein Weg dahin sein.

Egal, welches Handlungsfeld betroffen ist: Die Akademie für Politische Bildung wird die Schulen und die Lehrkräfte unterstützen, das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen mit Leben zu füllen.



Ursula Münch



Linktipp:

<https://www.isb.bayern.de/grundschule/materialien/gesamtkonzept-pb/>

Strategien gegen die fragmentierte Öffentlichkeit

Beim Akademiegespräch im Landtag stellt sich der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm der Kritik an den öffentlich-rechtlichen Sendern.

KRITIK an den Medien und an der Arbeit von Journalisten hat es immer gegeben. Sie gehört auch zu einer freiheitlichen Demokratie. Doch in den letzten Jahren haben die Angriffe besonders gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus rechtspopulistischen Kreisen an Schärfe zugenommen („Lügenpresse“, „Systemmedien“). Sein Auftrag und seine Rolle standen beim 55. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag im Fokus.

Akademiedirektorin Ursula Münch sieht in den Kampagnen gegen den Rundfunkbeitrag („Zwangsgeld“) eine neue Qualität der Kritik, die einhergeht mit einem Vertrauensverlust. Der betreffe nicht nur die Medien, sondern stehe im Zusammenhang mit einer allgemeinen Repräsentationskrise. Eine kleine, aber lauter werdende Minderheit nutze dieses Klima für Fundamentalkritik: Politiker und Journalisten steckten unter einer Decke und seien zu eng miteinander verstrickt und verflochten.

Zielscheibe radikaler Parteien

Der Intendant des Bayerischen Rundfunks Ulrich Wilhelm – seit Anfang 2018 für zwei Jahre auch Vorsitzender der ARD – sieht in vielen Ländern Europas



© PIXABAY / SEKIMSENG

den öffentlichen, gesellschaftlich finanzierten und kontrollierten Rundfunk als Zielscheibe radikaler Parteien: „Ich gebe zu: Die Medien liefern auch Grund zur Kritik – wo Menschen arbeiten passieren Fehler.“



BR-Intendant Ulrich Wilhelm ist seit Jahresbeginn auch ARD-Vorsitzender.

© Bildarchiv Bayer. Landtag / Rolf Poss

Und das Eingestehen solcher Fehler sei auch kein Problem, wenn der Dialog mit dem Publikum in geordneten Bahnen verlaufe. Die Selbstkontrolle der Medien funktioniere.

Neu sei aber das Phänomen der Echokammern und Filterblasen: „In dieser fragmentierten Öffentlichkeit gibt es das andauernde Gespräch unter Gleichgesinnten – eine permanente Mobilmachung.“ Das könne ein freies Land ja noch hinnehmen, wenn die Faktenbasis der öffentlichen Meinung stimme. „Wir brauchen eine beschützte Gesamtöffentlichkeit mit möglichst wenig Manipulation“, sagte Wilhelm. Genau die stellten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten her: Neueste Erhebungen belegen, dass pro Woche 94 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre von den Programmen der ARD erreicht werden: „Das schafft kein anderes Medium.“ Und dies gelte nicht nur für Unterhaltungsangebote, sondern eben auch für politisch relevante Inhalte.

Große Bandbreite der Meinungen

Die Zahlen belegten, dass die Programme auch Uninteressierte und sogar Demokratieskeptiker erreichen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe die Verpflichtung zur großen Bandbreite der Meinungen: „Alle relevanten Argumente müssen von uns transportiert werden.“ Ohne diese Klammerwirkung könne Demokratie nicht organisiert werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt stehe und falle mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Besonders wichtig sei die Verankerung im Regionalen. Die finanziellen Spielräume dürften nicht weiter ausgedünnt werden: „Regionale Vielfalt gibt es nur mit adäquater Finanzierung“, sagte der BR-Intendant. Er legte auch ein Bekenntnis zur kulturellen Ar-

beit der Sendeanstalten ab, z. B. die Orchester und Archive: „Das sind Schätze, die sonst ersatzlos wegfallen.“ ARD und ZDF – einschließlich vieler anderer Programme wie Deutschlandfunk, ARTE, Phoenix, 3sat, Kika und ARD-alpha – müssten als öffentliche Güter begriffen werden, die wie Schulen und Krankenhäuser solidarisch gemeinsam finanziert werden müssen.

Besseres Personalmanagement

Diemut Roether, verantwortliche Redakteurin beim Fachdienst epd medien, beklagte die mangelnde Vielfalt im Journalistenberuf: „Frauen und Migranten sind immer noch unterrepräsentiert.“ Man dürfe eben nicht nur die befördern, die einem am ähnlichsten sind. Leider würden das die Redaktionen gerade erst ganz langsam erkennen. Die Akademisierung der Ausbildung habe zu einer Verengung der gesellschaftlichen Breite geführt. Hier sei ein besseres Personalmanagement nötig. Wilhelm erwiderte, man habe das Problem erkannt und in Zusammenarbeit mit bayerischen Universitäten versucht, die Bandbreite der Studienfächer über die überrepräsentierten Gesellschaftswissenschaften hinaus auf die MINT-Fächer zu verbreitern.

Fehlende Vision

Bei sinkenden Budgets wachsen aber die Anforderungen: Tri- und crossmediales Arbeiten sei notwendig, dafür brauche man die entsprechenden Aus- und Fortbildungen. Roether kritisierte die Politiker, die zwar nachvollziehbar maßvolles Wirtschaften und sorgsamen Umgang mit Gebühren verlangen, gleichzeitig fehle aber eine politische Vision für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Systems: „Es ist zu billig zu sagen: Es muss gespart werden.“ Für junge Zielgruppen

gebe es keine Strategie. Dem widersprach Wilhelm – zumindest für den Bayerischen Rundfunk („Wir haben den erfolgreichen Youtube-Kanal der Jugendwelle Puls“). Aber in der föderalen Struktur sei es schwierig, eigen- und selbstständige Sender auf einen ge-



© PIXABAY / JOE007

meinsamen Weg zu bringen. Einig sei man sich, dass Technik und Verwaltung schlanker werden müssen. Bei der Berichterstattung von sportlichen Großereignissen wie Olympiaden, Europa- und Weltmeisterschaften sei man mit der Errichtung gemeinsamer Sportzentren auf dem richtigen Weg.

Mehr Transparenz

Roether regte an, die Kontrollgremien fürs Publikum zu öffnen. Den Vorwurf der zu engen Kungelei zwischen Politikern und Journalisten und dem nicht seltenen Wechsel zwischen diesen Sphären konterte Wilhelm mit dem Hinweis, dass man als Programmverantwortlicher nicht als U-Boot einer Partei agieren könne und unter ständiger öffentlicher Beobachtung

stehe. „Der Wechsel tut gut. Die Kreise dürfen nicht abgeschottet sein.“ Wichtig sei, dass die jeweilige Rolle gewahrt bleibe.

Einig war sich die Runde, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr Selbstbewusstsein zeigen und sich den Angriffen stellen solle. Mehr Transparenz und Gespräche mit dem Publikum könnten verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückholen. 

Michael Schröder



Die Gesprächsrunde im Landtag mit Ulrich Wilhelm, Ursula Münch (Mitte) und Diemut Roether

© Bildarchiv Bayer. Landtag / Rolf Poss

Eine Branche im Umbruch – die Zukunft der Radionachrichten

Die Nachrichtenlage am Workshopwochenende* in Berlin war gut: SPD-Mitgliedervotum über die GroKo, Wahlen in Italien, Volksabstimmung in der Schweiz über die Abschaffung des öffentlichen Rundfunks. Gute Bedingungen für über 30 Radioprofis, um am „Welttag des Hörens“ gemeinsam über die Zukunft der Nachrichten im Hörfunk nachzudenken.

RADIO UND INTERNET wachsen zusammen. Für Hörfunknachrichten war bis vor wenigen Jahren ausschließlich das UKW-Radio zuständig. Im digitalen Online-Zeitalter gibt es Nachrichten jederzeit und überall. Neue Auspielwege sind dazugekommen. Wie behaupten sich die Radionachrichten im harten Wettbewerb auf dem Markt? Radiojournalisten diskutierten darüber, wie Radio und Internet zukünftig besser vernetzt werden können.

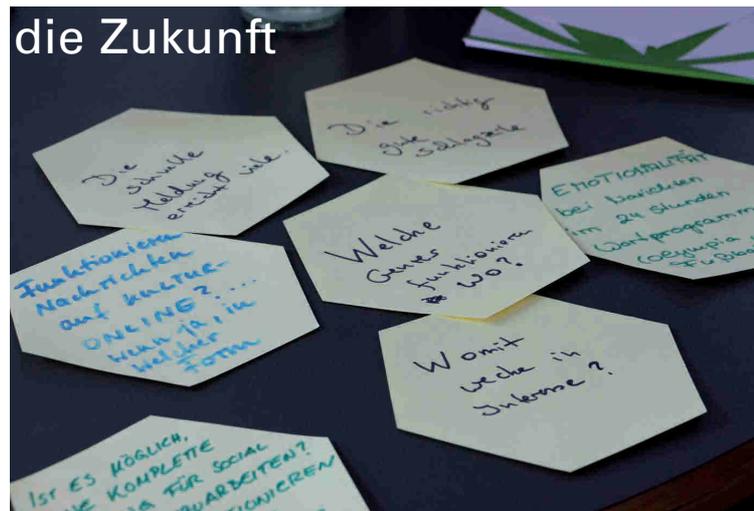
Heiligtümer auf den Prüfstand

Dietz Schwiesau, Wortchef beim MDR-Sachsen-Anhalt, appellierte zum Auftakt: „Lasst Luft an die Nachrichten. Stellt Heiligtümer auf den Prüfstand.“ Und: „Geht näher ran an die Hörerinnen und Hörer! Wir brauchen mehr Dialog mit den Nutzern.“ Wer erstklassige Nachrichten wolle, brauche auch erstklassige Redakteure. Die Sender müssten in gute Nachrichten investieren.

Roman Mezzasalma, Nachrichtenchef bei der Schweizer SRG, hat festgestellt, dass klassische Radionachrichten vor allem für junge Hö-



Roman Mezzasalma: „Klassische Radionachrichten sind vor allem für junge Hörer ein Grund zum Abschalten.“



Themensammlung in den Workshops

rer ein Grund zum Abschalten sind. Die Gegenstrategie: Jede Stunde auf ein Thema konzentrieren, einen deutlichen Akzent setzen, z. B. mit O-Tönen. Das Ergebnis: Nachrichten werden mehr und öfter gehört. Der Übergang zu den Nachrichten mit dem Programm sei jetzt besser verschränkt und harmonischer.

Aufwendige Vorbereitung



Finny Anton vom Leipziger Uni-Radio Mephisto 97,6 will Nachrichten sachlich und trotzdem unterhaltsam gestalten.

Finny Anton vom Leipziger Uni-Radio Mephisto 97,6 hat mit ihrem Team die Nachrichten erneuert, weil „wir selber den Eindruck hatten, dass wir nicht mehr zeitgemäß waren.“ Jetzt macht die Redaktion „Newstalks“. Der Anspruch: „Sachlich und trotzdem unterhaltsam.“ Die Nachrichten sind dadurch in der Vorbereitung aufwändiger geworden. Aber: „Die Studis haben mehr Spaß dran und mehr Bock darauf, was auszuprobieren.“

Heiner Apel, Sprachforscher an der RWTH Aachen, stellte seine nicht überraschenden Forschungsergebnisse zur Verständlichkeit von Radionachrichten vor. Bekannte Informationen sollten am Beginn stehen, um besser verstanden zu werden. Da horchen alte Radiohasen auf: Bisher galt doch: Das Neue nach vorn. Kurze und einfache Sätze erleichtern das Verständnis. Außerdem müsse den Hörern die Relevanz eines Themas deutlich gemacht werden – dann ver-

* Tagung in Berlin im Haus des Rundfunks in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF-Medienakademie und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg

stehen sie es auch leichter und besser. Und die Themenwahl müsse sich am Publikum und seinen Erwartungen orientieren.

Ansprechhaltung verändern

Martin Hoffmann hat die App RESI, die „persönliche News-Assistentin“ entwickelt. Resi schickt dem Abonnenten kostenlos die neuesten Nachrichten genauso, wie es ein Freund über WhatsApp machen würde. Hoffmann ist sicher: „Künstliche Intelligenz ist im Journalismus allgegenwärtig, aber Journalisten werden nicht durch Roboter ersetzt.“ Denn: „Bei unvorhersehbaren Ereignissen gibt es ja gar kein Material, auf das ein Algorithmus zurückgreifen kann.“ Hoffmann ist überzeugt: „Wenn Nachrichten emotional erzählt werden, mögen die Leute sie mehr – und nutzen sie dann auch intensiver.“ Er plädiert dafür, die „Ansprechhaltung und Tonalität“ zu verändern. Den anwesenden Nachrichtenprofis schrieb er ins Stammbuch: „Ihr müsst Euch überlegen: Wie klingt Eure Marke? Auf Sprachassistenten konkurriert Ihr nicht nur gegen UKW-Sender, sondern gegen die ganze Welt.“ Man solle auch vor der „Gamifizierung“ von Nachrichten nicht zurückschrecken. Quiz- und Schätzfragen könne man gut einbauen und so Publikum an sich binden. Am Ende zählt die Frage: „Wird Euch jemand vermissen?“



Martin Hoffmann: „Künstliche Intelligenz ist im Journalismus allgegenwärtig, aber Journalisten werden nicht durch Roboter ersetzt.“

„Ihr müsst Euch überlegen: Wie klingt Eure Marke? Auf Sprachassistenten konkurriert Ihr nicht nur gegen UKW-Sender, sondern gegen die ganze Welt.“ Man solle auch vor der „Gamifizierung“ von Nachrichten nicht zurückschrecken. Quiz- und Schätzfragen könne man gut einbauen und so Publikum an sich binden. Am Ende zählt die Frage: „Wird Euch jemand vermissen?“

Die Hamburger Medienforscherin Nele Heise hat Podcasts untersucht und meint: „Die Formatvielfalt lässt in Deutschland noch zu wünschen übrig.“ Denn: „Podcasts können mehr sein als Nachrichten und sind Chance und Herausforderung zugleich.“ Es sei ein sehr dynamischer Markt. In den USA böten sie schon vielfach eine Heimat für investigativen Journalismus. Sie sind „slow media“ und so ein Gegenentwurf zum Häppchenjournalismus und „News Snacking“. In Nachrichtenpodcasts gebe es Platz, transparent zu machen, warum welche Nachricht ausgewählt wurde. Auch dies ist ein Weg zu mehr journalistischer Glaubwürdigkeit.



Nachrichten nach dem GUNN-Prinzip

Die Schweizer Dominik Born und Dominik Stocker stellten ihr Modell „Radionachrichten zum Skippen“ vor. Das bedeutet, uninteressante Themen zu überspringen und auf der anderen Seite mit dem „More-Knopf“ individualisierte Vertiefung zu bekommen. „Das ist eigentlich wie beim Durchblättern einer Zeitung“, sagt Born. „Aber ich glaube, Zeitungsleute wissen gar nicht, was sie da Tolles haben.“

Jost Langheinrich vom SWR überlegte, Radionachrichten nach Facebook-Kriterien zu machen. Das hieße dann: Nachrichten nach dem GUNN-Prinzip: **G**esprächswert, **U**nterhaltungswert, **N**utzwert und **N**euigkeitswert: „Wir müssen uns auch bei harten Themen bemühen, Gefühle rauszukitzeln.“

Wie schon bei den vorausgegangenen Zukunftswerkstätten in Magdeburg (2014) und Baden-Baden (2016) wurde auch dieses Mal in Workshops konkret an Modellen für neue Formate gebastelt. Die Ergebnisse – auch zum Hören – auf: <https://twitter.com/hashtag/newsneu?f=tweets&vertical=default&src=hash&lang=de>.

Michael Schröder



Die Zukunftswerkstatt bei der Arbeit
© Schröder (APB)

Kindheit und Jugend in digitalen Welten

Kinder wachsen heute wie selbstverständlich mit digitalen Medien auf. Im Zentrum der Tagung* stand die Frage der Autonomie-Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

DIE MEDIENETHIKERIN Ingrid Stapf von der Universität Erlangen-Nürnberg schlug den Grundton der Tagung an, indem sie Kinder nicht als Mängelwesen sehen wollte: „Das Kind wird nicht zum Menschen, es ist einer.“ Sie fordert die notwendige Förderung von Medienkompetenz in digitalen Zeiten im Dreiklang von Freiheit, Verantwortung und Selbstbestimmung.



Ingrid Stapf mag Kinder nicht als Mängelwesen sehen.
© Schröder (APB)

Verantwortung tragen Eltern, Erzieher und die Medienanbieter. Die UN-Kinderrechtskonvention von 1990 sei dafür eine gute Grundlage, die global gelte. Sie solle aber keineswegs als „anything goes oder laissez-faire“ missverstanden werden.

Moderne Gängelbänder

Der Medienwissenschaftler Dietmar Kammerer von der Universität Marburg sieht die Gefahr, dass Smartphones mit ihren vielfältigen Überwachungsmöglichkeiten von Eltern durchaus als moderne Gängelbänder genutzt werden können. Die heute alltägliche und allgegenwärtige Überwachung durch digitale Technik sortiere und klassifiziere die Mitglieder der Gesellschaft. Durch kommerziellen Datenhandel könnten mittlerweile individuelle Verhaltensweisen und Konsumverhalten vorhergesagt werden. Da nütze auch Datenabstänzen nichts mehr.

Die Allgegenwart von Informationstechnologie (IT) beim Aufwachsen von Kindern bringt Probleme mit sich. Der Informatiker Dominik Merli (Universität Augsburg) nannte zuerst die Datensicherheit. Aber auch Beleidigungen, Mobbing und sexuelle Belästigung gehören nach seinen Worten mittlerweile zum



Kindheit heute ist von digitalen Medien umgeben.
© geralt / pixabay CC0

Alltag. Modernes, digitales „Spielzeug“ eigne sich als „Spionagewerkzeug“. Millionen von Sprachdateien solcher Geräte stünden inzwischen offen im Netz.

Nur Bildung – also Förderung von Medienkompetenz – könne da Abhilfe schaffen. IT-Sicherheit dürfe nicht nur als technisches, sondern müsse auch als menschliches Problem gesehen werden, denn Cyber-Angriffe zielten auf Menschen. Gegen Gutgläubigkeit und für einen bewussten Umgang mit Daten helfen nur Schulungen. Dabei sollten folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Wo entstehen Daten? Was sind Meta-Daten? Was können Daten aussagen? Wie kann man mit Daten Geld verdienen?



Dominik Merli: „Auch für die IT-Sicherheit brauchen wir eine Freiwillige Feuerwehr.“

Chaos macht Schule

Modellhaft sei dafür die seit zehn Jahren bestehende Zusammenarbeit des Chaos Computer Clubs mit verschiedenen Bildungsinstitutionen (Chaos macht Schule). Ziel des Projekts ist es, Schüler, Eltern und Lehrer in den Bereichen Medienkompetenz und Technikverständnis zu stärken. Für Brände sei eine Freiwillige Feuerwehr selbstverständlich. So etwas müsse es zukünftig auch für die IT-Sicherheit geben, forderte Merli.

* In Kooperation mit dem Netzwerk Medienethik und der Fachgruppe Medienethik in der DGpuK zu Ehren von Prof. Rüdiger Funiok SJ, der im März 2017 seinen 75. Geburtstag feiern konnte.

Mechthild Appelhoff sieht eine große Herausforderung für die Medienpädagogik darin, „auf dem Laufenden zu bleiben“. „Das Herlaufen hinter den technischen Entwicklungen macht uns schwach“, sagte die Leiterin des Bereichs Medienkompetenz und Medienforschung bei der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen. „Wir müssen mit den Entwicklern auf Augenhöhe kommen, um gestalten zu können. Dabei sind wir auf die Forschung und ihre Ergebnisse angewiesen.“ Kinder würden gerne dazulernen, aber der Zugang zu den Erwachsenen sei sehr viel schwieriger. Eine klare Haltung und wertegeprägte Einstellung gegenüber den Herausforderungen komme oft zu kurz. Alle müssten lernen, sinnvoll mit dem Internet umzugehen und Vorteile und Chancen zu nutzen: „Wir müssen es beherrschen und das von Wirtschaftsinteressen gesteuerte Netz umlenken, damit es seine positiven Wirkungen für die Gesellschaft entfalten kann“, sagte die Medienpädagogin.



Mechthild Appelhoff: „Wir müssen das von Wirtschaftsinteressen gesteuerte Netz umlenken.“

Die Berliner Journalistin Jana Petersen, die freiberuflich unter anderem für die taz und Zeit-online arbeitet, erkennt derzeit „eine Migrationswelle raus aus dem Journalismus“. In digitalen Zeiten funktioniere das alte Geschäftsmodell des Print-Journalismus nicht mehr: „Wenn ich für tagelange Recherchen und eine Doppelseite in der taz am Ende 230 Euro bekomme, reicht das einfach nicht zum Leben“, sagte sie. „Früher haben die Verleger Reichweite verkauft, heute wird Reichweite gekauft.“ Der Druck auf die Redaktionen wachse, für ausführliche, gar investigative Recherchen fehle die Zeit. Unter diesen Umständen werde es immer schwieriger, Qualität zu liefern. Es drohe ein journalistisches Prekariat.



Jana Petersen erkennt „eine Migrationswelle raus aus dem Journalismus.“

Michael Schröder

Linktipps:

Chaos macht Schule: <https://ccc.de/schule>

Klicksafe: <https://www.klicksafe.de/>

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

120 Medienethikerinnen und Medienethiker erinnern an die demokratische Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

BEI DER TAGUNG des Netzwerks Medienethik im Februar 2018 (siehe vorstehenden Bericht) haben sich die über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verständigt. Sie publizierten folgenden Aufruf:

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Konzept eines Rundfunks, der allen Bürgerinnen und Bürgern gehört und von der Vielzahl der gesellschaftlich-relevanten Gruppen kontrolliert wird, ist seit beinahe siebzig Jahren Garant einer qualitativ hochinformierten Gesellschaft und Faktor eines vielstimmigen demokratischen Diskurses in Deutschland. Dass Deutschland bis heute eine stabile Demokratie geblieben ist, verdankt es auch diesem starken Rundfunksystem.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist seit vielen Jahren Gegenstand einer kritischen Debatte über die Zukunft der Mediengesellschaft und reagiert auf diese Kritik in vielfältiger Weise. Neuerdings aber stellen politische Kräfte, die einen autoritären Staat fordern und die Integration der diversen gesellschaftlichen Gruppen für nachrangig erklären, die Legitimität dieses Rundfunksystems grundsätzlich in Frage. Deutlich wird das in diesen Tagen in einer Reihe von europäischen Ländern, in denen der Rundfunk parteipolitisch vereinnahmt wird oder unter massiven politischen Beschuss gerät, wie beispielsweise in der Schweiz, die in den kommenden Tagen über die Existenz des öffentlich-rechtlichen Systems abstimmen wird.

Wir, das Netzwerk Medienethik rufen die Politik und die gesellschaftlich relevanten Gruppen auf, das deutsche duale Rundfunksystem mit dem verfassungsrechtlich tief in der Gesellschaft verankerten öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verteidigen und zu schützen und damit einen der wichtigsten Faktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Twitter-Demokratie in den USA

Politik und Medien in den USA sind nicht erst seit „Watergate“ und Trumps Begeisterung für Twitter ein Thema. Besorgniserregend ist die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, die sich auch durch Polarisierung in den Medien und den einseitigen Medienkonsum zeigt.

SABRINA MITTERMEIER (Universität München) beschrieb den Wandel der US-Medienlandschaft: Bis in die 1960er Jahre existierten nur drei große Fernsehsender. Heute bringt das Smartphone Information direkt zum Nutzer. Es kam zu Polarisierung, Enttäuschung und Vertrauensverlust in den Medien. Diese Entwicklung begann in den 1970er Jahren durch den Vietnamkrieg und die Öl- und Wirtschaftskrise. Der Mainstream ging verloren, Multi-Media-Unternehmen entstanden, die gezielt bestimmte Konsumentengruppen ansprachen. Die 1990er Jahre brachten in den USA das Internet, eine massive Medienkonsolidierung und erste „info wars“, so Mittermeier. Die jüngste Eskalation im amerikanischen Informationskrieg sind die durch rechts-konservative Kanäle geschaffenen „Alternative Media“. Vorreiter in entsprechenden Radioshows und auf Internetseiten waren Rush Limbaugh und Andrew Breitbart.

Rassismus und Verschwörungstheorien

Die sog. „Social Media“ wie Facebook und Twitter haben weiter zur Nischenkultur und zu geschlossenen Filterblasen und Echokammern beigetragen, erklärte Mittermeier. Jeder produziere eigene Nachrichten und nehme nur selektiv auf, was die eigene Meinung unterstützt. Dies betrifft auch die radikale Subkultur, der sich viele junge, weiße Trump-Unterstützer zurechnen. Mit Präsident Trump und seinen Vorwürfen gegen die „corrupt press“ und „fake news media“ hat der Medienkrieg in den Vereinigten Staaten seinen Höhepunkt erreicht. „Trump vs the Truth“, Trump gegen die Wahrheit, ist ein Schlagwort für liberale Journalisten und Nachrichtenunternehmen.

Katharina Gerund (Universität Erlangen-Nürnberg) führte durch die öffentliche Wahrnehmung der Rassenproblematik in den USA. Die Hälfte der Schwarzen sieht sich in der Öffentlichkeit unfair behandelt



Das Smartphone und die sog. „sozialen Medien“ haben das Verhältnis von Politik und Medien – nicht nur in den USA – verändert.
© geralt / pixabay / CC0

und beklagt mangelnde Bildungs- und Erfolgchancen. Die Dokumentation „13th“ zeigt die überdurchschnittliche Kriminalisierung schwarzer Jugendlicher. Prominente Autorinnen und Juristinnen wie Angela Davis und Michelle Alexander haben sich mit den Folgen der Inhaftierung afroamerikanischer Jugendlicher beschäftigt. Präsident Obama setzte Zeichen durch einen Gefängnisbesuch und Versuche, das Strafrecht zu reformieren. Hier allerdings ergänzt Katharina Gerund deutlich: Es geht nicht nur um „Rasse“, sondern auch um die soziale Klasse, um Bildungschancen und den Familienhintergrund.

Patriotismus-Paradox

Die weiße Überlegenheit, die Geschichte der Kolonisierung und Besiedelung Amerikas gehören zum amerikanischen Selbstverständnis. Rassentrennung und Sklaverei fußten auf rechtlichen Grundlagen. Entsprechend komplex gestalten sich die Diskussionen über Geschichte, Erinnerungskultur und Rechtssystem. Diskriminierung in den USA dauert an. Das System ist „weiß“, es berücksichtigt afro-amerikanische Belange nicht ausreichend. Präsident Trump verhöhnt die Proteste schwarzer Sportler und betreibt Politik nach dem Muster einer Reality-Show („get them out“). Diskriminierung, so Gerund, hat unterschiedlichste, auch umgekehrte Ausprägungen: Afro-amerikanische Cheerleader gelten als die „besseren“ Tänzerinnen und Sängerinnen. Ein Politikum sind die Erinnerungsfeierlichkeiten an Martin Luther King, der vor 50 Jahren ermordet wurde.

Celebrity als Präsident

Katharina Gerund erläuterte den spezifischen Populismus in Bezug auf die amerikanische Präsidentschaft, der zu einer paranoiden Politik führt: aggressiv, überhitzt, misstrauisch und kompromisslos. Die

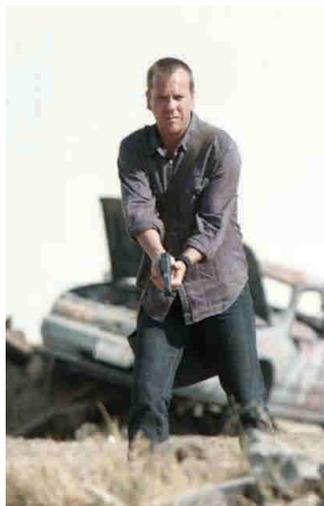
Vergessenen, die Verlierer sollen Ansehen und Macht zurückbekommen. Trump stellt sich scheinbar gegen das Establishment. Aber die Bevölkerung kannte Trump als erfolgreichen Geschäftsmann, als „Celebrity“ Starkult, Fan-Netzwerke und „Soziale Medien“ wurden von seinem Wahlkampfteam intensiv instrumentalisiert. Gerund sagte, Trump entspreche nicht den Qualitätsanforderungen, die das Präsidentenamt stellt. Sein Stil ist der des Modells Kim Kardashian. Beide sind TV-Stars und haben Wirtschaftsimperien um ihre Namen errichtet.

Teil der Popkultur

Insgesamt sind die TV-Präsenz und die Ikonisierung des Präsidenten Teil der amerikanischen Popkultur, wie die Beispiele der Kennedys und Ronald Reagans zeigen. Barack Obama hat mit Hilfe von „Social Media“ Politik in ein neues Zeitalter katapultiert. Neu an Trump ist, dass der Celebrity-Status nicht mehr politisch disqualifizierend wirkt, sondern mit Macht gleichgesetzt wird. Das Thema Präsident und führende Politiker in Film und Fernsehen ist ein fester Bestandteil amerikanischer Popkultur. Allerdings, so Katharina Gerund, spiegeln jüngere gesellschaftliche Entwicklungen Neuerungen auch in Hollywoodproduktionen: Die Frauen übernehmen, wenn der Amtsinhaber zu korrupt, kriminell oder unfähig ist.

Bedrohungsszenarien

Jennifer Volkmer (Universität München) wandte sich dem Wandel von Politik und Fernsehgesellschaft zu: Inzwischen werden viele verschiedene Lebensformen und Familienstrukturen in TV-Serien dargestellt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und der folgende Patriot Act hätten allerdings nicht nur die Definition von Terrorismus und die Medien-



Actionheld Kiefer Sutherland alias „Jack Bauer“ kämpft in „24“ gegen auswärtige Bedrohungen.

© Robin Kirk / flickr / (CC BY 2.0)

gesellschaft, sondern auch die Bedrohungswahrnehmung verändert. Die meisten Attacken (im Inland) kommen aus der eigenen, rechtsextremen Szene, die Anzahl islamistischer Angriffe ist geringer. Medien und Actionserien verfälschen das Bild: Inländischer Terrorismus scheint nicht zu existieren. So kämpft Kiefer Sutherland alias „Jack Bauer“ in „24“ nur gegen auswärtige Bedrohungen (Nahe Osten, Balkan, Asien).

Das Ergebnis, so Volkmer, ist eine konstante Bedrohungswahrnehmung. Geschäftswelt und Politik werden korrupt dargestellt, das (auswärtige) Übel ist institutionalisiert. Im Ergebnis sorgen einseitig zugeschnittene Serien und eine genaue Analyse der Sehgewohnheiten für ein erfolgreiches „Targeting“ – also Anvisieren – des Publikums. Experten beobachten, welche Serien eher in Städten („Simpsons“) oder in ländlichen Gegenden („24“) gesehen werden. In den Südstaaten werden andere Sendungen bevorzugt als im Norden. Entsprechend schaltet die Werbeindustrie nicht nur Botschaften für Produkte, sondern auch für Politiker und ihre Anliegen.

Medienkompetenz und Kenntnisse über Medien seien dringend erforderlich, mahnte Jennifer Volkmer und ermutigte, insbesondere Schülern dieses Wissen zu vermitteln. Sie müssten wissen, wer Programme produziert und finanziert, welche Botschaften transportiert werden sollen, in welchem ideellen und politischen Kontext der Sender steht, woher die Informationen kommen.

Trend zum „Entertainment“

Stephen Ibelli vom US-Generalkonsulat in München hält es für gefährlich, wenn Nachrichten und Informationen ausschließlich aus „Sozialen Medien“ bezogen werden. Cyber-Attacken bedrohten nicht nur die Freiheit, sondern auch die Wirtschaft. Weltweit seien Firmen betroffen, die Internetkriminalität bedrohe strategisch wichtige Infrastrukturen. Kraftwerke, Schiffe und Leitsysteme gerieten außer Kontrolle. Im amerikanischen Wahlkampf zeigte sich, dass auch Studenten nicht zwischen realen und „fake“-Nachrichten unterscheiden können. Dies werde durch den Trend zum „Entertainment“ verstärkt. Präsident Trump habe durch seine Tweets zur Personalisierung von Politik beigetragen, so Ibelli.

Er richtet sich direkt an seine Follower. Nicht nur die Politik, auch die Nutzung der Medien durch die Politik haben sich in den USA verändert. Die durchschnittliche Aufmerksamkeitsspanne von drei Sekunden mache es der Politik schwer, zum Publikum durchzudringen, so der Konsul.



Cyber-Attacken bedrohen weltweit strategisch wichtige und empfindliche Infrastrukturen.

© geralt / pixabay / CCO

Saskia Hieber

Europäische Reformideen und Grundwerte Brennpunkte des Integrationsprozesses

Die Europäische Union stößt mit den Herausforderungen für Rechtsstaat und Demokratie an ihre Grenzen: Reichen die aktuellen Strukturen der europäischen Institutionen, um die Integrationskraft aufrecht zu erhalten?*

ANDREAS KALINA, Europa-Experte der Akademie, skizzierte Entwicklungslinien und Herausforderungen des europäischen Projekts: Die europäische Integration war einerseits ein Vertiefungsprozess mit Erweiterungen des Territoriums, andererseits gab es immer wieder Krisen und Phasen der Desintegration. Die bisher wahrscheinlich größten Probleme der EU lassen sich als Euro- und Finanzkrise, Flüchtlingskrise und Brexit benennen. Sie verschärften eine bereits seit den 1990er Jahren schwelende Legitimations-, Identitäts- und Solidaritätskrise.

In der Demokratiefalle

Der Kern des Demokratiedefizits ist auf das Fehlen einer europäischen politischen Identität, einer europäisierten Öffentlichkeit und von rudimentären europäischen Vermittlungsagenturen zurückzuführen, so Kalina. Durch Demokratieversprechen wecke die EU Illusionen, denen sie nicht genügen kann und die sie letztendlich ihre Existenz kosten könnte. Die verwobene institutionelle Architektur der EU führe zu permanentem Kompromissbedarf. Die Flüchtlings- und Schengenkrise etwa verhärtete die Fronten zwischen West und Ost, die Eurokrise zog ihre Konfliktlinien zwischen Nord und Süd. Zunehmender Vertrauensverlust und der Strukturwandel der digitalisierten Öffentlichkeit sind der ideale Nährboden für Populismus, Nationalismus und Euroskeptizismus, sagte der Politikwissenschaftler.

Fehlende Strategie

Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Universität München, bemerkt bei den Spitzen der EU fehlende Kraft und Zeit, um funktionierende Strukturen zu fördern. Europa



UNGARISCHES GULASCH

©TOMICZEK

stehe unter massivem Druck – von innen durch populistische Bedrohungen und regionale Souveränitätsbewegungen; von außen durch die USA, China, Terrorismus und drohende Handelskriege. Reagiert werde mit situationsbedingtem Problemmanagement. Der Krisenbewältigung fehle jedoch eine Strategie.

Alexander Thiele von der Universität Göttingen fasste sich mit der EU als Wertegemeinschaft und ihren Voraussetzungen und Verfahren. Die Wertegemeinschaft hat Eingang in die EU-Verträge gefunden. So verpflichtet Artikel 2 des EU-Vertrages alle Mitgliedsstaaten zur Wahrung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Aber jedes Land hat eine andere Auffassung von Freiheit. Auch eine Gleichheit der Mitgliedsstaaten ist kaum umsetzbar. Die Einhaltung dieser Werte solle in einem Miteinander gelebt werden.

Herausforderungen europäischer Grundwerte

Dass europäische Grundwerte besonders in Polen und Ungarn herausgefordert werden, erklärte Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik. In beiden Ländern finden grundlegende Umstrukturierungen statt. So werde in Polen die Justizreform unter dem Primat der Politik durchgeführt. In Ungarn herrscht Orban mit strenger Hand, suche jedoch weiter den Dialog und „zeigt Elastizität, wenn der Druck zu groß wird“, stellte Lang fest. Die Europäische Union ist ein Bündnis unterschiedlicher Demokratien – die Debatte um ihre Werte fängt erst an.

Miriam Günther

* In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Digitaler Binnenmarkt

Der digitalen Welt durch internationale Regelungen einen Rahmen geben – so lautet eine Hoffnung, die an die EU herangetragen wird. Gibt es einen effektiven europäischen Datenschutz und was macht den Binnenmarkt zu einem digitalen Binnenmarkt?



©TOMASCHÖFF / TOONPOOL.COM

„NICHT ALLES, was digitalisiert ist, ist richtig“, sagte der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz Thomas Petri. Doch für den Betroffenen könne es einen sehr hohen Aufwand bedeuten, unzutreffende Informationen richtigzustellen. Petri erinnerte daran, dass das Grundrecht auf Datenschutz ein menschliches Grundbedürfnis abdeckt: nämlich auch mal über seine Schwächen oder über soziale Konstellationen zu sprechen, das Gesagte jedoch nicht publik werden zu lassen. Datenschutz sei eine Grundvoraussetzung für die freiheitliche Demokratie.

Neuer Datenschutz

In der EU stellte der Datenschutz lange einen Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen dar, so Petri. In Deutschland hätten Unternehmen wie Facebook und Google ihre Prozesse andauernd verloren, in Irland sei die Lage für die Firmen dagegen ganz entspannt gewesen. Mit der ab Mai 2018 gültigen Datenschutz-Grundverordnung der EU werden die Vorgaben zur Verarbeitung personenbezogener Daten nunmehr vereinheitlicht. Petri sieht durch die Verordnung datenschutzrechtliche Grundsätze mit Betroffenenrechten und den Handlungspflichten derjenigen, die die Daten erheben, miteinander verzahnt: Aufgrund der Prinzipien der Transparenz und Fairness hätten die Betroffenen zum Beispiel Informationsrechte und die Datensammler entsprechende Rechenschaftspflichten. Als wichtige Neuerungen sieht Petri zudem die Beweislast-



Datenschützer Thomas Petri sprach über die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung.

umkehr zu Lasten des Verantwortlichen und die Verschärfung der Haftung, der Bußgeldtatbestände und der Befugnisse der Aufsichtsbehörden.

Neue Geschäftsmodelle

Der Ökonom Arne Buchwald von der EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden stellte fest, dass sich die Grenzen innerhalb des digitalen Binnenmarktes verschieben. Bisher diente die Digitalisierung der Effizienzsteigerung. Mittlerweile könnten Firmen wie Google, Amazon, PayPal und Airbnb darüber hinaus auf fundamental neue Geschäftsmodelle zurückgreifen. Die unmittelbare Leistungserbringung, wie die Produktion von Autos oder das Bereitstellen eines Hotelservices, sei nicht länger uneingeschränkt das Entscheidende. Vielmehr hätten die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage und die Frage, wer die Schnittstelle zum Kunden halten und steuern kann, eine verstärkte Bedeutung.



Arne Buchwald: Digitalisierung bestehender Geschäftsmodelle nötig

© Haas (APB)

Traditionelle Geschäftsmodelle gerieten dadurch unter Wettbewerbsdruck. Großkonzerne wie die Telekom oder BMW reagierten darauf zum Beispiel durch die Gründung von Initiativeeinheiten. Für Unternehmen sei die kritische Reflexion und die Digitalisierung der bestehenden Geschäftsmodelle sowie der konsequente Fokus auf Innovationen eine Notwendigkeit, so Buchwald.



Gero Kellermann

Gesundheit braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Gesundheit

Die Akademie auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Das komplexe Zusammenspiel von Gesundheit, insbesondere einer intakten Gesundheitsinfrastruktur, von Stabilität und Sicherheit in einem Land und den Wirkungsmechanismen von Entwicklungspolitik ist ein drängendes, doch vor allem in der deutschen Debatte noch junges Thema.*

ERSTE BERÜHRUNGSPUNKTE mit dem Thema „Global Health Security“ gab es in Deutschland nach dem Ausbruch der Ebola-Krise in Westafrika 2014/2015. Doch was genau verbirgt sich hinter diesem vermeintlich neuen Phänomen? Margaret Bourdeaux von der Harvard Medical School in Boston beschrieb es treffend und aus eigener Erfahrung: Als junge Studentin reiste sie in das Kriegsgebiet im Kosovo und fand sich eines Tages mitten in einem Minenfeld wieder. Sie rettete sich zum Auto und dachte nach: Falls etwas schiefgeht – komme ich schnell ins nächste Krankenhaus? Ist dort alles vorhanden, was für Erste Hilfe nötig ist? Gibt es dort fähige – und nicht korrumpierbare – Ärzte? Impfstoffe? Ein Gesundheitssystem, das mich irgendwie bis nach Hause bringen kann?

Zentrale Fragen

Schnell war das Podium mitten in der Diskussion um den Zusammenhang zwischen Gesundheit, Gesundheitsinfrastruktur, stabiler Staatlichkeit und Sicherheit, die noch immer mehr Fragen aufwirft, als Antworten liefert. Was genau ist Global Health Security und warum kann Gesundheit – global betrachtet – nicht ohne den Aspekt Sicherheit und Entwicklung verstanden werden? Wann wird eine Gefahr für die Gesundheit zu einer Sicherheitsgefahr für den Staat und der Zivilbevölkerung? Warum ist der Schutz von Gesundheitsinfrastruktur zentral für die Stabilität eines Staates? Und wann werden Gesundheitsgefahren global zu einem Sicherheitsrisiko?



Polio-Impfung in Nigeria
© CDC Global (CC BY 2.0)

In Ländern, die gerade militärische Konflikte hinter sich haben, sterben doppelt so viele Personen an vermeidbaren Krankheiten als zuvor – weil das Gesundheitswesen vollständig zerstört oder zu großen Teilen nicht mehr funktionsfähig ist.

Lehren aus der Ebola-Krise

Die Ebola-Epidemie in Westafrika 2014/15 wäre mit einem funktionierenden Staats- und Gesundheitswesen niemals so katastrophal und in dem globalen Ausmaß verlaufen. Darauf wies Caroline Schmutte von der Bill & Melinda Gates Stiftung hin. Ebola zeige auch, dass gerade neue, aufstrebende Länder Epidemien eher nicht an die zuständigen Behörden melden, weil sie das Ausbleiben von Investoren und einen Bedeutungsverlust auf dem internationalen Parkett fürchten. Zugleich sei das epidemische Auftreten der Kinderlähmung Polio in Afghanistan, Pakistan und Nigeria kein Zufall, sondern dem fehlenden Ineinandergreifen von Stabilität und Sicherheit und einem funktionierenden Gesundheitssektor in diesen Ländern geschuldet.

Krieg gegen den Gesundheitssektor

Derzeit werden bei internationalen Friedenseinsätzen der UN oder in Kriegsgebieten gezielt Gesundheitspersonal und Krankenhäuser angegriffen. Syrien ist nur ein Beispiel für das schlimme Ausmaß dieser

* Als offizielles Programm am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz organisierte das Junge Forum der Gesellschaft für Außenpolitik zum 9. Mal ein Expertengespräch in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Tendenz – mit all seinen Konsequenzen und unter bewusster Missachtung humanitärer Praktiken in einem bewaffneten Konflikt. Die Dokumentation „The New Barbarianism“, die von Stephen Morrison vom Center for Strategic and International Affairs (CSIS) vorgestellt wurde, verdeutlicht dieses, in seiner Intensität neue Phänomen.

Diese Entwicklungen werfen die Frage nach der Rolle und Funktion der militärischen Akteure wie der Bundeswehr auf. Thorsten Schütz, Leiter des Fachbe-

reiches Sanitätsdienst und Gesundheitswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, appellierte an die Notwendigkeit eines differenzierten und offenen Austausches zwischen dem Sicherheits- und Gesundheitsbereich.

Migrationsgründe

Auch die weltweiten Migrationsströme haben einen Grund in der Global Health Security, erläuterte Jillann Farmer, Direktorin der Medical Service Division im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York: „Die Menschen kehren nur in ihre Heimat zurück, wenn sie dort sicher sind und wenn Bildungs- und Gesundheitssysteme funktionieren.“

Versuche, einen globalen Schutz für die Funktionsfähigkeit von Gesundheitssystemen aufzubauen, gibt es genug, wie etwa die Global Health Security Initiative. Keiner der Akteure lässt es nach Angaben Farmers an Engagement missen. Aber es fehle – wie so oft – an einem gemeinsamen Verständnis über die Zusammenhänge und einer daraus abgeleiteten Koordination internationaler Aktivitäten.



Anja Opitz



Global Health Security als Thema auf der Münchner Sicherheitskonferenz: Moderatorin Anja Opitz, Jillann Farmer von den UN, Margaret Bourdeaux (Harvard Medical School Boston) und Thorsten Schütz (Führungsakademie der Bundeswehr), (v.l.n.r.)

© Opitz (APB)

NEUERSCHEINUNG

Internationale Politik

Feinde, Freunde, Fremde?

Deutsche Perspektiven auf die USA

GLEICHGÜLTIG WAR AMERIKA den Deutschen nie. Die USA galten als Inbegriff des „wohlwollenden Hegemons“ und waren Aufhänger von zahlreichen Feindbildern. Sie wurden als kulturelle Fremdlinge bewundert oder verdammt. Aber leidenschaftlos oder statisch waren die deutschen Perspektiven kaum.

Historiker, Politikwissenschaftler, Amerikanisten, Sozial- und Literaturwissenschaftler zeigen in diesem Band, dass die USA oft zugleich Freund, Feind und fremd waren. Austausch, Anpassung und Ablehnung existierten in Deutschland nicht selten nebeneinander. Die versammelten Blicke auf die USA reichen von romantischen Amerikabildern der Nachkriegszeit über Amerikanisierung und Antiamerikanismus der 1970er- und 1980er-Jahre bis hin zu den Anschlägen vom 11. September 2001 und zur jüngsten Vergangenheit.

Mit Beiträgen von Alex Alvarez, Volker Benkert, Franz Eder, Moritz Fink, Axel Fischer, Christer S. Garrett, Katharina Gerund, Konrad H. Jarausch, Daniel Kosthorst, Marita Krauss, Stefanie Kunze, Jan Logemann, Heide Reinhäkel, Maren Roth, Rolf Steininger und Frank Usbeck.

Der Herausgeber: Assistant Prof. Dr. Volker Benkert lehrt an der Arizona State University und war 2015 Gastdozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.



Volker Benkert (Hrsg.)

Feinde, Freunde, Fremde?

Deutsche Perspektiven auf die USA

Tutzing Studien zur Politik, Band 11

Nomos, Baden-Baden 2018

ISBN: 978-3-8487-3168-8, 350 Seiten, 64,00 Euro

Passauer Tetralog startete vor 20 Jahren

Am 21. Juni 1998 begann der damalige Akademiedirektor Heinrich Oberreuter den 1. Passauer Tetralog. Das neue Gesprächsforum stand unter dem Thema „Europa und die Deutsch-Französische Freundschaft“.

AUF DEM PODIUM diskutierten die französische Historikerin Sophie Lorrain, der Politologe und Publizist Alfred Grosser, der deutsche Publizist Klaus Harpprecht sowie der damalige Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Horst Möller.

Einführung und Gesprächsleitung besorgte damals wie auch in den Jahren danach ausnahmslos Heinrich Oberreuter. Tetralog – der Name war und ist Programm: Nicht nur, dass jeweils vier Diskutanten das Gespräch bestreiten. Es hatten sich neben der Akademie für Politische Bildung noch drei weitere Partner zusammen getan: die Festspiele Europäische Wochen Passau, die Stadt Passau und die Deutsch-Französische Gesellschaft Passau.

Es war von Beginn an intendiert, den Passauer Tetralog im Rahmen der – durchaus auch politischen – Festspiele Europäische Wochen Passau fortzuführen. Vier bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Kunst wird Gelegenheit gegeben, innerhalb der Festspiele und deren jeweiliger thematischer Schwerpunktsetzung, zu allgemeinen oder speziellen europäischen Fragen Stellung zu nehmen. Getreu dem Leitbild der Festspiele, die explizit eintreten „für ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Freundschaft, für ein Europa des Geistes und der gegenseitigen Achtung, und gegen ein Europa der Intoleranz und Barbarei.“

Europäische Gemeinsamkeit

Nicht von ungefähr hatte man 1998 exakt die deutsch-französische Thematik gewählt: Es jährte sich die Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Vertrags (sog. Élysée-Vertrag) zum 35. Mal und die Städtepartnerschaft zwischen Passau und Cagnes-sur-Mer konnte auf 25 erfolgreiche Jahre ihres Bestehens zurückblicken.

Im Programmheft von damals hieß es – nachgerade brandaktuell: „Nach zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert hatte sich Europa nicht nur selbst zerfleischt, son-



Der 1. Passauer Tetralog 1998 mit Alfred Grosser (Mitte) und Horst Möller (rechts), links Moderator Heinrich Oberreuter
© Schröder (APB)

dern auch als bestimmende Kraft der Weltpolitik verabschiedet. Zukunft konnte nur in der Besinnung auf gemeinsame Werte und Interessen liegen. Voraussetzung für europäische Gemeinsamkeit war die Überwindung der von Misstrauen, Feindschaft und Krieg beherrschten deutsch-französischen Vergangenheit zugunsten einer neuen vertrauensvollen Partnerschaft. Konrad Adenauer (1876–1967) und Charles de Gaulle (1890–1970) ist es gelungen, diese zu begründen – als Fundament der heutigen Europäischen Union. Auch wenn wir Zeitzeugen der Wiederakzentuierung nationaler Interessen sind, wird sich das Rad der Geschichte kaum zurückdrehen lassen. Bleibt die deutsch-französische Freundschaft Bedingung und Antrieb Europas?“

„Aber ja, mehr denn je!“ möchte man ausrufen im Zeichen des anstehenden Brexits und neuerer, zu meist rechtspopulistisch oder chauvinistisch motivierter Neonationalismen und allzu einfacher Heilsversprechen.

Die Auftaktveranstaltung der neuen Reihe wurde noch am selben Abend im Hörfunkprogramm Bayern2 in einer knapp einstündigen Zusammenfassung gesendet. Viele prominente Zeitgenossen haben seither die Gespräche bereichert: u. a. Günther Beckstein, Marianne Birthler, Elmar Brok, Erhard Busek, Joachim Gauck, Alois Glück, Hans Joas, Reiner Kunze, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Hans Mayer, Avi Primor, Kazimiera Prunskiene, Horst Teltschik, Bassam Tibi, Bernhard Vogel, Hans-Jochen Vogel und Manfred Weber.

Die bestens etablierte Tagungsreihe der Akademie wird in diesem Jahr am 8. Juli ihre Fortsetzung finden.



Steffen H. Elsner

Weltkulturerbe und Naturdenkmal

DER DIESJÄHRIGE BETRIEBSAUSFLUG der Akademie führte zunächst in die Welterbe-Stadt Regensburg (seit 2006). Ein Rundgang durch die Altstadt mit ihren über 1000 Baudenkmälern vorbei an der Steinernen Brücke gab einen guten Eindruck über die mehr als 2000-jährige Geschichte der Stadt, die weit in die Römerzeit zurückreicht. Seit dem Mittelalter war Regensburg ein häufiger Austragungsort der Reichstage. Im 17. Jahrhundert zog der Reichstag schließlich dauerhaft in Regensburg ein. Das Rathaus war damit bis 1806 Sitz des Immerwährenden Reichstags.

Die nächste Station war die Befreiungshalle in Kelheim, die 1863 im Andenken an die gewonnenen Schlachten gegen Napoleon während der Befreiungskriege in den Jahren von 1813 bis 1815 errichtet wurde. Auftraggeber des Baus war König Ludwig I. von Bayern.



Die Belegschaft der Akademie vor dem Kloster Weltenburg mit dem Donaudurchbruch im Hintergrund

© Schröder (APB)

Nach einer Wanderung wurde die Donau beim Kloster Weltenburg mit Zillen überquert und die Asamkirche des Klosters konnte besichtigt werden. Den Abschluss bildete die Fahrt mit dem Schiff durch das Naturdenkmal Donaudurchbruch an der Weltenburger Enge mit seinen eindrucksvollen Felsformationen.


MS

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Dr. Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantwortl.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



© ARCHIV (APB)

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

JUNI 2018

Juni 8. – 9.	Das digitale Chamäleon: Gesellschaft und Technologie im Wandel In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller Sekretariat: Simone Zschiegner	23-2 Tel. +49 8158 256-47
Juni 13. – 15.	Soziale Arbeit – (K)ein Ort der Menschenrechte? In Kooperation mit der Katholischen Stiftungshochschule München Leitung: Michael Spieker / Annette Eberle Sekretariat: Heike Schenck	24-2 Tel. +49 8158 256-46
Juni 15. – 16.	Zehn für Zukunft Ideenwerkstatt für besonders begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe an Gymnasien in Oberbayern-West In Zusammenarbeit mit dem Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Oberbayern-West und dem Gymnasium Tutzing Leitung: Jörg Siegmund / Susanne Raab / Gabriele Beulke Sekretariat: Antonia Kreitner	*24-6 Tel. +49 8158 256-58
Juni 17. – 24.	Summer School: Bioethics in Context Life, Living Bodies, and the Genes In Kooperation mit der FernUniversität in Hagen, der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Katholischen Privat-Universität Linz Leitung: Michael Spieker / Thomas S. Hoffmann / Marcus Knaup Sekretariat: Antonia Kreitner	24-1 Tel. +49 8158 256-58

Juni 23. – 24.	Tutzingener Nachwuchsakademie Schulen der Demokratie In Zusammenarbeit mit dem Referat für Lehramt (StuVe LMU) und der Fachschaft Lehrer-TUM Leitung: Jörg Siegmund Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay	25-2 Tel. +49 8158 256-17
Juni 29. – 30.	Forum Verfassungspolitik Die Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung Leitung: Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann Sekretariat: Simone Zschiegner	26-5 Tel. +49 8158 256-47

JULI 2018

Juli 6. – 8.	Wie gerecht ist die Welt? Soziale Ungleichheit und Wirtschaftswachstum Leitung: Wolfgang Quaisser Sekretariat: Viktoria Aratsch	27-3 Tel. +49 8158 256-53
Juli 8.	21. Passauer Tetralog Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay	27-4 Tel. +49 8158 256-17
Juli 11. – 13.	Denken am See Die gespaltene Gesellschaft Kann es einen sozialen Frieden in Deutschland geben? In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk Leitung: Wolfgang Quaisser / Thomas Ressel / Gerhard L. Endres / Klaus Heimann Sekretariat: Antonia Kreitner	28-2* Tel. +49 8158 256-58

Juli **■ Internationale Akademie ■** 30-1*
23. – 27. Approaches to the Family
 Dialogues between Chinese and German Philosophy
 In Kooperation mit der Sihai Confucius Academy/Beijing
 Leitung: Michael Spieker / Guo Yi
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

Juli **Aktuelle Migrationsphänomene als transeuropäische Herausforderung** 30-2*
26. – 28. Internationaler Expertenworkshop
 In Zusammenarbeit mit dem Institut für Sprachen-, Zivilisations- und Migrationsprozesse, Moskau
 Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

SEPTEMBER 2018

September **■ Tutzing Journalistenakademie ■** 36-5
6. – 7. Sichere Recherche im digitalen Zeitalter
 Workshop mit Daniel Moßbrucker
 In Kooperation mit der Akademie Frankenwarte Würzburg
 Leitung: Sebastian Haas / Daniel Moßbrucker
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53
 Außenveranstaltung in der Akademie Frankenwarte Würzburg

September **Sicherheit durch Überwachung** 36-8
6. Wie weit darf der Staat gehen, ohne die Freiheit einzuschränken?
 Podiumsdiskussion
 In Kooperation mit der Akademie Frankenwarte Würzburg
 Leitung: Sebastian Haas / Daniel Moßbrucker
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53
 Außenveranstaltung in der Akademie Frankenwarte Würzburg
 Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten.

September **Zukunft Europas** 36-3
7. – 9. Der Reformprozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit
 In Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland e.V.
 Leitung: Andreas Kalina / Ralf Bingel / Walter Brinkmann
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

September Filmgespräch am See 36-4
9. Verfilmte Zeit
 In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival Starnberg
 Leitung: Ursula Münch / Matthias Helwig
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

September **■ Tutzing Journalistenakademie ■** 37-3
10. – 12. Grenzen überwinden – die Audiowende
 14. Tutzing Radiotage
 Leitung: Michael Schröder
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

September **Verblasstes Vertrauen** 37-2
14. – 16. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in der Glaubwürdigkeitskrise
 Leitung: Andreas Kalina
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

September **Musik macht Politik. Politik macht Musik.** 38-3
21. – 23. Partituren deutscher Geschichte
 125 Jahre Münchner Philharmoniker
 In Zusammenarbeit mit den Münchner Philharmonikern und dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst
 Leitung: Michael Mayer / Gunter Pretzel / Jörg Morré
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

September **Vereint und doch verschieden** 39-3
28. – 29. Regionale Disparitäten in Deutschland
 Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47



© STUTTMANN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch referierte in Madrid bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über den bundesdeutschen Föderalismus sowie bei einer Tagung der Kommission für bayerische Landesgeschichte zur Frage „Mehr Orte – mehr Demokratie? Bayern und der bundesdeutsche Föderalismus“. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Akademie Domschule in Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Mainfranken Theater Würzburg sprach sie über das Jahr 1949 und den damaligen „Aufbruch in den Weststaat“. Um die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen ging es sowohl in einem Vortrag vor dem Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbunds als auch beim frauenpolitischen Dialog des Landkreises Kelheim „Damenwahl“. Mit dem Themenkreis „Populismus, Elitenkritik und die Krise der Volksparteien“ befasste sich die Direktorin in einem Vortrag vor Mitgliedern des Bezirksverbands Schwaben des Genossenschaftsverbands Bayern e.V. in Augsburg sowie bei der „Frauenliste Steingaden“. Am Münchner Asam-Gymnasium hielt sie im Rahmen einer Fachveranstaltung für alle 10. Klassen einen Vortrag über „Die Veränderungen der Mediendemokratie“. Und in einem Vortrag vor den Mitgliedern des Rotary Clubs Bad Tölz sprach die Direktorin über die „Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie“. Bei der Feier des 50-jährigen Jubiläums der Bayerischen Elternvereinigung hielt sie den Festvortrag „Demokraten fallen nicht vom Himmel: Anmerkungen zum Verhältnis Schule und Demokratie“. Und ein weiterer Festvortrag galt dem 40-jährigen Bestehen der Hochschule Landshut: „Die Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften für die bayerische Bildungslandschaft“.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber sprach auf ARD-alpha in mehreren Sendungen über die politische Entwicklungen in Nordkorea und China. Bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften diskutierte sie Chinas neue Seidenstraßeninitiative. Sie hielt Vorträge über Nordkoreas Nuklear- und Raketenprogramm und sprach auf einer internationalen Fachkonferenz der Universität Duisburg-Essen über Chinas „Fünfte Führungsgeneration.“

Dr. Andreas Kalina sprach in München über die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Europäischen Union in Deutschland und Tschechien und debattierte, inwiefern europäische Themen Bestandteil im bilateralen Austausch sein können. In Tutzing referierte er zum Thema „Europa ohne Europäer? Entwicklungslinien und Herausforderungen eines einzigartigen Projekts“. Im Europäischen Parlament in Straßburg nahm Kalina an der Expertenrunde „Europa in Wissenschaft und Politik“ teil. Im Sommersemester hält er am Passauer Jean-Monnet-Lehrstuhl ein Oberseminar zu „Populismus und Europaskeptizismus als Herausforderungen der europäischen Idee“.

Dr. Gero Kellermann hielt an der Evangelischen Akademie Tutzing einen Vortrag über das Thema „Vertrauensseligkeit durch Paragraphen? Eine Einführung in die Funktion des Rechts“.

Dr. Michael Mayer sprach in St. Petersburg auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Kampf den Kommunisten: Reaktionen auf die Oktoberrevolution in den USA“. Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Frankreich führte er Interviews mit ehemaligen französischen SS-Angehörigen und hochrangigen Vertretern der paramilitärischen französischen Miliz während der Jahre 1940 bis 1945.

Dr. Michael Schröder ist in den Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben wird, berufen worden.